



Vielfalt ist Hessens Zukunft!

Main-Kinzig-Kreis/Hanau



Stadt Offenbach



Stadt Kassel



Modellregionen
Integration



Halbzeitbilanz
Halbzeitbilanz
Halbzeitbilanz
Halbzeitbilanz
Halbzeitbilanz
Halbzeitbilanz

Hochtaunuskreis



Stadt Wiesbaden



Stadt Wetzlar



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

Integration ist ein wesentliches Zukunftsthema unserer Gesellschaft und gehört daher seit mehr als einem Jahrzehnt zu den Schwerpunkten der Hessischen Landesregierung. Auch bundesweit hat es inzwischen einen Paradigmenwechsel gegeben: „Frühe Sprachförderung“, „Integrationsbeiräte“, „Integration als wechselseitiger Prozess“, „Integration als Querschnittsaufgabe“, „Integration in der Kommune“ sind nur einige dieser Stichworte, die heute zum bundesweiten Allgemeingut zählen.



Unsere Leitlinie in Hessen hierzu lautet „Vielfalt in Hessen leben und gestalten“. Dies beinhaltet nicht nur die Gestaltung von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, sondern vor allem die Etablierung einer neuen Willkommenskultur in unserem Land, die Vielfalt als Bereicherung für unsere Gesellschaft erkennt. Gerade für ein weltoffenes und wirtschaftsstarkes Land wie Hessen wird dies zukünftig auch ein wesentlicher Standortvorteil sein.

Als wesentlichen Baustein einer solchen Integrationspolitik hat die Hessische Landesregierung 2009 die hessischen „Modellregionen Integration“ ausgelobt. Statt kleinteilige Projekte für die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ zu fördern, sollen modellhaft alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch die Aufnahmegesellschaft, in die Integrationspolitik einbezogen werden. Dabei gilt es, die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in den Regelstrukturen und Institutionen anzuerkennen.

Die vorliegende Halbzeitbilanz zeigt: Unsere Initiative hat Erfolg. Sie zeigt aber auch: Jede Modellregion hat ihre eigene spezifische Ausgangslage, sodass Veränderungsprozesse ganz unterschiedlich durchgeführt werden. Dabei ist insbesondere die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen wichtig. Beispielhaft wurde daher aus jeder Modellregion ein solcher zivilgesellschaftlicher Partner mit seinem Integrationsprojekt vorgestellt.

Die Broschüre soll anderen hessischen Kommunen eine Anregung geben, in den notwendigen Veränderungsprozess einzusteigen. Und dies nicht erst dann, wenn das Programm „Modellregionen Integration“ abgeschlossen und hieraus folgende Handlungsempfehlungen veröffentlicht werden, sondern so früh wie möglich. Diese Broschüre könnte hierzu wertvolle Anregungen geben.

Ich danke den teilnehmenden Modellregionen und allen beteiligten Partnern für ihre hervorragende Arbeit und hoffe, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger hiervon inspirieren lassen: Für ein modernes, weltoffenes, lebenswertes Hessen.

Ihr

Jörg-Uwe Hahn

Inhalt



Vorwort	2
Konzeption des Landesprogramms „Modellregionen Integration“	4
Modellregion Integration Hochtaunuskreis	8
Modellregion Integration Stadt Kassel	12
Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau	16
Modellregion Integration Stadt Offenbach	20
Modellregion Integration Stadt Wetzlar	24
Modellregion Integration Stadt Wiesbaden	28
Integrationslotsen im Raum Frankfurt.....	32
Müttertraining in Kassel.....	33
Netzwerk „Migration im Main-Kinzig-Kreis“	34
Treff türkischsprachiger Angehöriger behinderter Menschen in Offenbach	35
Mit Sprache wachsen – Begleitung von Familien in Hermannstein.....	36
Integrationsassistenten in Wiesbaden	37
Modellregionen Integration und Monitoring	38
Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Programms „Modellregionen Integration“	40
Perspektiven des Landesprogramms „Modellregionen Integration“	44
Impressum	48

Konzeption des Landesprogramms „Modellregionen Integration“



Ausgangslage

Hessen ist heute viel mehr als früher von großer Vielfalt geprägt. Diese geht über kulturelle oder ethnische Unterschiede hinaus. Laut Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes hat jeder vierte Hesse einen sogenannten Migrationshintergrund. Verkürzt heißt das, er ist selbst Ausländer oder er kann hinsichtlich seiner ausländischen Wurzeln unmittelbar auf mindestens einen Elternteil verweisen. Dies trifft derzeit auf etwa 1,5 Millionen Hessinnen und Hessen zu. Bereits heute besitzt jedes zweite Kind in Hessen, das noch nicht sechs Jahre alt ist, einen solchen Migrationshintergrund. Diese Fakten bieten einen Ausblick auf ein noch vielfältigeres Hessen im Jahr 2030.

Diese Entwicklung ist weder für Landes- noch für Kommunalverwaltungen folgenlos. Sie verdeutlicht sehr eindringlich: Integration ist Quer-

schnittsaufgabe – und nicht Randgruppenthema –, die alle Lebensbereiche und alle Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einschließt. Diese zunehmende Vielfalt birgt Chancen, aber auch Herausforderungen – in jedem Fall verlangt sie von allen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, eine Bereitschaft, sich auf Veränderungen einzulassen. Diese Veränderungsbereitschaft entsteht nicht automatisch, sondern bedarf der Gestaltung und der Schaffung einer fördernden Rahmenbedingungen.

Um diese wichtigen Veränderungen anzustoßen, muss Integration Chefsache sein. Diesem Anspruch hat die Hessische Landesregierung durch die Ansiedlung des Themas im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa und beim Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rechnung getragen.

Grundlagen des Programms Modellregionen Integration

Genau hier setzt das 2009 aufgelegte Landesprogramm „Modellregionen Integration“ an. Aus einer Auswahl von 17 engagierten Bewerbungen wurden die Stadt Kassel, die Stadt Wetzlar, der Hochtaunuskreis, die Stadt Wiesbaden, die Stadt Ofenbach und der Main-Kinzig-Kreis gemeinsam mit Hanau ausgewählt. Da aber auch die weiteren Bewerber auf eine sehr erfolgreiche Integrationspolitik verweisen können, wurden sie von Staatsminister Hahn zum Kompetenzkreis Integration vor Ort eingeladen. Dieser Kreis wird besonders eng bei den Diskussionen zum Modellregionenprogramm beteiligt.

In den Modellregionen Integration wird engagierte Integrationspolitik gemeinsam getragen, auf Landes- und auf kommunaler Ebene. Bereits 2007 haben das damalige Hessische Sozialministerium und Vertreter der Kommunen gemeinsam das Konzept

„Land und Kommune – Hand in Hand für eine gute Integration“ erarbeitet. Dabei wurden wichtige Meilensteine gesetzt, Defizite analysiert und erfolgreiche Maßnahmen herausgestellt. Aufbauend auf diesem Erfahrungsschatz werden in den Modellregionen nun praxisorientierte Projekte erprobt.

Besonders wichtig ist uns dabei, nicht allen Kommunen einfach Schablonen aufzusetzen, sondern jede Modellregion mit ihren spezifischen Ausgangslagen anzunehmen und entsprechend passgenaue Angebote zu entwickeln. Die Auswahl der sehr heterogenen Modellregionen ermöglicht uns dabei, tatsächlich Modelle sowohl für Landkreise als auch für Städte zu erproben und dann zu empfehlen. Nur so können viele hessische Gemeinden vom Erkenntnisgewinn dieser Modelle profitieren bzw. diese übertragen.

Ziele des Programms Modellregionen Integration

Das Hauptaugenmerk des Programms liegt auf drei Schwerpunktbereichen:

- Strukturelle Veränderungen in den bestehenden Institutionen und Angeboten, um Integrationsbedingungen zu verbessern;
- Vernetzung von Akteuren und Aufbau von nachhaltigen Beteiligungsstrukturen;
- Schaffung von Transparenz über die bestehenden Angebote (Integrationsmonitoring).

Diese zentralen Anforderungen waren bereits in der Ausschreibung zum Programm angelegt. Die ausgewählten Modellregionen haben sich entsprechend dieser Kriterien beworben und auf diese Ziele verpflichtet.

Strukturelle Veränderungen in den bestehenden Institutionen und Angeboten

Das Modellregionenprogramm wurde aus dem Verständnis heraus ausgelobt, dass Integration einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz erfordert, der über die klassische Herangehensweise kleinteiliger Projekte für die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ hinausgeht. Unsere Überlegungen zielen ausdrücklich darauf, alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch die Aufnahmegesellschaft, in unsere Integrationspolitik einzubeziehen.

Mit den hessischen Modellregionen entwickeln wir ein erstes Bewusstsein für die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in den Regelstrukturen und Institutionen. Die Anerkennung von Vielfalt heißt hier, die Zielgruppenorientierung zu präzisieren. Das bedeutet nicht, dass spezifische Bedürfnisse und Lebenslagen von Menschen nicht mehr berücksichtigt werden, sondern dass gerade diese Unterschiedlichkeit und Vielfalt in die Konzipierung aller Angebote und Dienstleistungen eingebunden wird. Diese Strategie verhindert, dass scheinbar neutrale Maßnahmen und Angebote der Regelstrukturen und Institutionen faktisch zu Benachteiligungen einzelner Gruppen führen.



Workshop des Ministeriums mit den Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren



Staatsminister Hahn im Gespräch

Konzeption des Landesprogramms „Modellregionen Integration“



Auch ausgehend von der beschriebenen Bevölkerungsentwicklung werden wir in den kommenden Jahren stärker an verbindenden und identitätsstiftenden Elementen arbeiten müssen, um das Gefühl von Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit zu stärken. Dieser Prozess beschränkt sich dabei nicht nur auf die Zugewanderten, sondern ist eine zentrale Strukturfrage unserer Gesellschaft.

Erlebbar wird er, wo Menschen aufeinandertreffen, sei es als Nachbarn, Arbeitskollegen, in den Vereinen oder weil ihre Kinder gemeinsam in den Kindergarten oder in die Schule gehen. Aber eben auch dort, wo Menschen direkt auf staatliche und kommunale Angebote treffen, wie beispielsweise in den Ämtern.

Zugehörigkeit entsteht unter anderem, wenn alle Menschen sich in diesen Institutionen wiederfinden. Ent-

weder durch das Personal, das diese Institutionen vertritt, oder durch die Angebote der Institutionen, die den Bedürfnissen aller Einwohner gerecht werden. Diese Angebote definieren sich am Nachfragenden. Dabei ist es besonders wichtig festzuhalten, dass der Bedarf nicht zwingend durch einen möglichen Migrationshintergrund definiert wird, sondern viele Kriterien eine Rolle spielen.

Um diesem Ansatz gerecht werden zu können, müssen sich die Kerninstitutionen unserer Gesellschaft – wie Bildungseinrichtungen, kommunale Ämter, zivilgesellschaftliche Akteure etc. – als Teil einer Infrastruktur begreifen, die mit ihren Angeboten allen Bevölkerungsgruppen offen steht. Projekte, die im Programm Modellregionen Integration gefördert werden, müssen diesen anspruchsvollen Anforderungen gerecht werden.

Vernetzung von Akteuren und Aufbau von nachhaltigen Beteiligungsstrukturen

Die Länder sind nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes für die Integrationspolitik zuständig, doch erlebbar und erfahrbar wird Integration vor allem vor Ort. Der Aufbau und die Intensivierung von Netzwerken mit unseren kommunalen Partnern im Modellregionenprogramm sind daher von zentraler Bedeutung. Aber auch die Einbeziehung des Kompetenzkreises Integration vor Ort garantiert eine frühzeitige Diskussion der erzielten Zwischenergebnisse. Aus den Erfahrungen des Modellregionenprogramms wurde daher auch die zweite Zukunftskonferenz gemeinsam mit Mitgliedern des Kompetenzkreises zum Thema interkulturelle Öffnung in Kommunalverwaltungen gestaltet.

Die oben beschriebene Weiterentwicklung der Regelstrukturen kann nur dann erfolgreich gelingen, wenn sowohl die Vertreter der Institutionen als auch die möglichen Zielgruppen einbezogen werden. In allen Modellregionen Integration werden insbesondere Migrant*innenorganisationen bereits bei der Erstellung von Konzepten eingebunden. So können die Bedarfe der Zielgruppe authentischer ermittelt werden – und nicht umgekehrt erst nachträglich die Zielgruppe zu den bereits fertig konzipierten Angeboten

Landespressekonferenz mit allen Modellregionen Integration am 3.12.2010 in Wiesbaden



Schaffung von Transparenz über bestehende Angebote

Für die Auswahl zur Modellregion Integration war auch die Bereitschaft entscheidend, gemeinsam mit der Landesebene ein Integrationsmonitoring aufzubauen. Alle Modellregionen haben dies erfolgreich begonnen. Hierfür verwenden sie den vom Hessischen Integrationsministerium für das hessenweite Monitoring entwickelten Rahmenindikatorensatz. Auch bei der Implementierung des kommunalen Monitorings werden die Modellregionen vom Integrationsministerium unterstützt. Durch die Veröffentlichung der hierin enthaltenen Daten und die Aufarbeitung der Informationen wird ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz getan.

Darüber hinaus haben die Modellregionen aber auch Bestandsaufnahmen über ihre verschiedenen integrationspolitischen Maßnahmen und Projekte durchgeführt. Diese dienen dazu, allen Akteuren einen Überblick zu verschaffen. Aber auch durch verschiedene Projekte, wie beispielsweise dem Integrationswegweiser der Modellregion Main-Kinzig-Kreis und Hanau, genügen die Modellregionen dem Anspruch größtmöglicher Transparenz.

gebracht werden. Häufig beobachten wir viele erfolgreiche Initiativen und Projekte vor Ort, die an ähnlichen Zielen arbeiten und doch nicht miteinander vernetzt sind. Dies betrifft die Sprachförderung in Kindergarten und Schule, Ausbildungsplatzförderung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber auch ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und traditionelles Vereinsleben. Hier gibt es viele hervorragende Ansätze, die noch stärker ineinandergreifen müssen. Um diese Energie zusammenzuführen, ist es erforderlich, dass die Aktivitäten gebündelt werden. Der intensive Beteiligungsansatz, der durch die Programmkoordination und das Integrationsministerium in allen Modellregionen Integration gesteuert wird, verlangsamt gelegentlich auch den Gesamtprozess, ist aber für die nachhaltige Verankerung vor Ort unerlässlich.

Das Programm Modellregionen Integration zeichnet sich aber auch durch eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen aus. Durch die intensive Begleitung der Modellregionen und der Projekte durch das Integrationsministerium, aber auch durch die Einstellung von Programmkoordinatoren vor Ort, die mit dem Ministerium eng vernetzt sind, ist ein neues gegenseitiges Verständnis und auch Vertrauen entstanden. Diese Basis befördert die gemeinsamen Ziele.

Umsetzung des Modellregionenprogramms

Die Modellregionen Integration werden bei der Entwicklung ihrer Projekte intensiv vom Integrationsministerium unterstützt und beraten. Damit möchten wir sicherstellen, dass die oben beschriebenen Kernziele des Modellregionenprogramms – strukturelle Veränderung, Vernetzung und Partizipation sowie Transparenz – bestmöglich umgesetzt werden. Der hierdurch entstandene Diskussionsprozess läuft in den Modellregionen seit zwei Jahren sehr intensiv und ist der Ausgangspunkt für einen Prozess interkultureller Öffnung der beteiligten Akteure und Institutionen.

In den folgenden Beiträgen der Modellregionen Integration und der Projekte vor Ort sind diese Prozesse abgebildet.

Modellregion Integration Hochtaunuskreis



Ausgangslage

Der Hochtaunuskreis legt im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ den Schwerpunkt auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Hierbei fokussiert sich die Arbeit auf Menschen mit Migrationshintergrund, die SGB-II-Leistungen beziehen. Obwohl der Hochtaunuskreis zu den prosperierenden Landkreisen in Deutschland gehört – und die hessenweit niedrigste Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent hat – finden sich unter den Hartz-IV-Empfängern 40 Prozent mit ausländischer Staatsbürgerschaft und weitere ca. 35 Prozent mit Migrationshintergrund.



„Der Hochtaunuskreis ist international geprägt, das sehen wir mit Blick auf die Geschichte und das ist auch das Bild unserer

Gegenwart. Vielfalt ist für uns eine Bereicherung. Im Hochtaunuskreis wird das Miteinander gelebt, denn jeder hat die Möglichkeit sich einzubringen. Eine aktive Integrationsarbeit unterstützt dieses Miteinander und verstärkt es. Ich begrüße daher den nachhaltigen Aufbau der Integrationsarbeit im Hochtaunuskreis.“

Ulrich Krebs

Ulrich Krebs,
Landrat des Hochtaunuskreises

Konzeption und Umsetzung

Im Rahmen der Modellregion Hochtaunuskreis ist mit einer einfallorientierten und aufsuchenden Familienarbeit intendiert, neue Ansätze für diese Zielgruppe zu entwickeln. Dabei sind besonders die nachwachsenden Generationen im Blickpunkt: Notwendig sind Sprachförderung und die Begleitung durch die Schule, bei gleichzeitiger Förderung sozialer und kommunikativer Kompetenzen und gezieltem Bewerbungstraining. Den Kindern und Jugendlichen wird angeboten, sich an den im Rahmen der Modellregion finanzierten Projekten zu beteiligen, die wiederum überwiegend auf diese Zielgruppe ausgerichtet sind.

Weitere Ziele der Modellregion Hochtaunuskreis sind der Aufbau eines Integrationsmonitorings und die Entwicklung eines partizipativen Integrationskonzepts sowie die Beförderung der interkulturellen Öffnung von Verwaltung und Zivilgesellschaft.



„Integration wird in unserer Stadt als gesellschaftliche Herausforderung und Selbstverständlichkeit für alle angesehen. Verwaltung, Bildungsinstitutionen, Vereine, Bürgerinnen und Bürger

müssen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die weltoffene Stadt Oberursel auch eine Heimat für alle ist. Darüber hinaus kommt es insbesondere aber auch auf die Menschen mit Migrationshintergrund

an, die sich ebenfalls aktiv am Integrationsprozess beteiligen müssen. Denn nur wenn sie die vorhandenen Angebote und Strukturen nutzen und aktiv das öffentliche Leben mitgestalten, kann Integration langfristig erfolgreich sein.“

Dieter Rosentreter

Dieter Rosentreter
Erster Stadtrat Oberursel (Taunus)

Handlungsfelder und Vernetzung

Der Hochtaunuskreis konzentriert sich auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Der Blick auf die nachfolgende Generation beinhaltet die Förderung von Sprach- und sozialer Kompetenz sowie die Begleitung zum Abschluss der Schullaufbahn oder einer Ausbildung.

Durch die aufsuchende Arbeit mit 31 ausgewählten Familien wird ermöglicht, diese so weit zu unterstützen und zu begleiten, dass sie eigenverantwortlich handeln und auf Sozialleistungen nicht länger angewiesen sind. Mithilfe des Case-Managements wird für jede einzelne Familie, mit ihren

vielfältigen und multiplen Problemlagen, zunächst eine genaue Analyse ihrer Ressourcen sowie ihrer Integrationshemmnisse angefertigt. Anschließend werden dann individuelle, d. h. unter Einbeziehung des psychosozialen Kontextes, für jeden Familienangehörigen passende Förderansätze mit dem Ziel einer nachhaltigen Wirkung erarbeitet. Durch besondere Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen soll die Tradierung des Musters „Hartz-IV-Leistungsempfänger“ an die nächste Generation aufgehoben werden. Ausgehend vom Einzelfall werden Er-

kenntnisse für eine Förderung der strukturellen Integration dieser Zielgruppe gewählt und in bestehende Projekte und Maßnahmen vermittelt.

Als schwierig hat sich für einige Projekte der Zugang zur Zielgruppe bildungsferne Jugendliche mit Migrationshintergrund herauskristallisiert. In der bislang kurzen Laufzeit sind allerdings noch nicht alle Handlungsspielräume ausgeschöpft worden. Hier ist sicher längerer Atem vonnöten.

Als sehr erfolgreich und zukunftsgerichtet kann die Einrichtung des Case-Managements gesehen werden. Die ausgewählten Familien nehmen das Angebot sehr bereitwillig an. Die zuständige Programmkoordinatorin kann bereits Fortschritte verzeichnen, wie die erfolgreiche Vermittlung in Ausbildungsstellen oder auch Arbeitsstellen für die Elterngeneration.

Die Mehrheitsgesellschaft wird gleichsam in die Integrationsansätze einbezogen. Neben der Förderung eines Projektes, das interkulturelle Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter/innen, Tätige in der Pflege und Vereinsmitglieder anbietet, wird die Aufnahmegesellschaft verschiedentlich eingebunden. So führte der Hochtaunuskreis im November 2010 eine Fachtagung durch, die sich an eine historisch und migrationsspezifisch interessierte Öffentlichkeit wandte. Die entstandene Publikation ist ebenso für eine breite Interessentengruppe konzipiert.

Zum Einstieg in das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ wurde in jeder Modellregion ein Integrationsworkshop durchgeführt. Dieser diente jeweils dazu, die Ziele des Landesprogramms allen Beteiligten zu verdeutlichen, die Handlungsfelder für die kommenden Jahre festzulegen und die wesentlichen Akteure der Integrationsarbeit vor Ort miteinander zu vernetzen.



Modellregion Integration Hochtaunuskreis



Verleihung der Urkunden auf dem Hessentag mit Staatsminister Hahn und dem ersten Kreisbeigeordneten Dr. Müsse

Anlässlich des Hessentages im Juni 2011 präsentierte der Hochtaunuskreis u. a. die Modellregion Integration. Zusätzlich fanden drei Veranstaltungen, alle in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, statt. Staatsminister Hahn überreichte den angehenden Lotsen Ehrungsurkunden.

Ein Schwerpunkt des Aufbaus der strukturierten Integrationsarbeit im Hochtaunuskreis im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ ist die Vernetzung der im Feld Integration/Migration arbeitenden Akteure. Folgende Maßnahmen wurden dazu ergriffen: Durchführung des ersten Integrationsworkshops im Dezember 2009, einer Netzwerkauktion im April 2011, Etablierung einer Steuerungsgruppe sowie Einrichtung eines regelmäßigen Austauschs der Projektkoordinator/inn/en. Das Koordinie-

rungsbüro der Modellregion Integration Hochtaunus im Landratsamt vernetzte sich innerhalb des Landratsamtes, wird als kompetente Anlaufstelle wahrgenommen und nimmt an bestehenden Netzwerken teil.

So hat beispielsweise das Projekt „Netzwerk in Friedrichsdorf“ als Vorbild für den Hochtaunuskreis die Akteure der Kommune im Bereich Integration versammelt und miteinander vernetzt. Es ist ein Wegweiser entstanden, der sowohl für Ratsuchende als auch für Träger von Interesse ist. Im Feld der Partizipation ist es über die Einbindung der Träger und Projekte, u.a. die Steuerungsgruppe, gelungen, Akteure der Aufnahmegesellschaft zur Mitarbeit bei der Integrationsarbeit zu gewinnen. Im Dezember wird ein zweiter Integrationsworkshop stattfinden, mit der Absicht, den Prozess eines partizipativen Integrationskonzeptes zu

initiieren. Für die Transparenz von Angeboten sorgen beispielhaft drei Freiwilligen-Projekte, die explizit die „Erläuterung“ der Strukturen der Aufnahmegesellschaft und die Begleitung Ratsuchender zum Ziel haben. Ein weiteres Projekt berät Eltern über die Varianten der schulischen Laufbahn ihrer Kinder, bei gleichzeitiger Sprachförderung der Schüler/innen. Auch das bereits erwähnte Netzwerk in Friedrichsdorf sorgt für Transparenz.

Das Koordinierungsbüro sieht seine Aufgabe ebenso in der Förderung einer transparenten und kollegialen Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Hochtaunuskreis. Eingehende Informationen werden gezielt weitergegeben, Kontakte vermittelt und Diskussionen zwischen den Projektträgern moderiert.

Der Projektförderung kommt im Hochtaunuskreis eine große Bedeutung zu, da in ihr das – noch ungeschriebene – Konzept der Integrationsarbeit hervortritt. Die Wichtigkeit für den Kreis wird durch die finanzielle Unterstützung der Projekte deutlich. Die Zusammenarbeit mit dem Integra-

Gesprächsrunde bei der Netzwerkauktion



tionsministerium ist kollegial und wertschätzend. Hilfreich sind die inhaltlich strukturierten Workshops für die Programmkoordinator/inn/en, sowie die Beratungsmöglichkeit mit den zuständigen Betreuerinnen. Öffentliche Veranstaltungen der Modellregion wurden in der Vergangenheit durch die Repräsentanz des Ministeriums positiv verstärkt. Auch Informationen des Ministeriums zu verschiedenen Themen und Veranstaltungen zum Thema Integration sind eine Bereicherung.

Die politische Ebene des Hochtaunuskreises unterstützt die Modellregion durch Bereitstellung finanzieller Mittel für die Projekte, eine enge Zusammenarbeit und öffentliche Auftritte.

Der Hochtaunuskreis baut ein Integrationsmonitoring auf. Bislang arbeitet keine der Kommunen mit Migra Pro, sodass sich die Erhebung des Migrationshintergrundes schwierig gestaltet. Das Koordinierungsbüro hat vor diesem Hintergrund mehrere eigene Erhebungen durchgeführt, u.a. zum Kita-Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund.

Die Evaluation durch das Institut „Europäisches Forum für Migrationsstudien“ (efms) fördert die Reflexion der Arbeit. Durch den Einblick der efms-Mitarbeiterinnen in die Strukturen der unterschiedlichen Modellre-

gionen ist ein fachlicher Austausch gewährleistet. Dadurch kann die Nachhaltigkeit der Arbeit gesichert werden.

„Für den Hochtaunuskreis als prosperierende Region ist es wichtig, allen Menschen, die bei uns leben, eine Perspektive zu bieten.“

Die Aufnahmegesellschaft und Menschen mit Migrationshintergrund müssen bereit sein, sich den Herausforderungen der Integration zu stellen. Der Hochtaunuskreis will diesen Prozess positiv moderieren und dabei eigene Akzente setzen.“

Wolfgang Müsse

Dr. Wolfgang Müsse,
Erster Kreisbeigeordneter des Hochtaunuskreises

Perspektiven

Wichtig für das Thema ist eine nachhaltige Verwaltungsstruktur auch auf Kreisebene. Seit Juli 2011 ist daher das Koordinierungsbüro der Modellregion mit Einbindung der Programmkoordinatorinnen in einen eigenen Fachbereich Leitstelle Integration überführt worden. Der Hochtaunuskreis bekundet dadurch die Wichtigkeit und Langfristigkeit der Integrationsarbeit.

Ansprechpartnerinnen:

Case-Management:
Özge Erkaner
Telefon: 06172 - 999-42 16
E-Mail:
oezge.erkaner@hochtaunuskreis.de

Allg. Koordinierungsaufgaben:

Dr. Uta George,
Telefon: 06172 - 999-42 15
E-Mail:
uta.george@hochtaunuskreis.de

Informationen:

www.hochtaunuskreis.de



Pressekonferenz Auftakt Modellregion Integration Hochtaunuskreis, Staatsminister Hahn, Landrat Krebs, Erster Kreisbeigeordneter Dr. Müsse, Dr. Kindermann, Yvonne Stehlik (beide HMDJIE), Fr. Becker, Dr. George (beide Leitstelle Integration, HTK)



Verleihung der Urkunden auf dem Hessentag, Dr. Müsse, Projektleiterinnen

Modellregion Integration Stadt Kassel



Ausgangslage

Konzeption und Umsetzung

Kassel ist bunt und lebt Vielfalt in allen Generationen“ ist nicht nur der Titel des 2011 fortentwickelten Integrationskonzepts, sondern auch Teil des Selbstverständnisses der Stadt Kassel. Ein Drittel der Einwohner der nordhessischen Metropole hatte mit Stand 31. Dezember 2010 einen Migrationshintergrund, im Altersspektrum von 0 bis 18 Jahren war es die Hälfte.

Viele Projekte und Initiativen werden bereits seit Jahren erfolgreich in Kassel umgesetzt und zielen auf den Abbau sozialer Ungleichheiten zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft in unterschiedlichen Feldern des alltäglichen Lebens. Vor diesem Hintergrund wird Integration als gesamtgesellschaftlicher Lernprozess verstanden, der erst mit der realen, gleichberechtigten Teilhabe aller in Kassel lebenden Menschen im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt, in Kultur und Politik abgeschlossen

sein kann. Aus diesem Grund entschloss man sich, an dem hessischen Landesprogramm „Modellregionen Integration“ teilzunehmen.

Oberbürgermeister Bertram Hilgen:
„Das Landesprogramm gibt uns den Spielraum, neue Konzepte der Integrationsförderung zu entwickeln und zu erproben, um auf die gesellschaftlichen Veränderungen auch im Zuge des demografischen Wandels frühzeitig reagieren zu können.“



Dass Integration in Kassel strukturell und inhaltlich als Querschnittsaufgabe verstanden und auch umgesetzt wird, zeigt sich an der Verortung des Themenbereichs Integration bei der Kasseler Stadtverwaltung. Neben den Arbeitsfeldern „Demografischer Wandel“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ bildet das Thema „Integration“ die dritte Säule des Zukunftsbüros als Teil des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters.

Das Zukunftsbüro übernimmt in diesen Arbeitsfeldern eine Scharnierfunktion zwischen der Verwaltung, den Funktionsträgern in Organisationen sowie den Einwohnern der Stadt Kassel, um gemeinsam Perspektiven zu entwickeln und aktiv Zukunft zu gestalten. Damit ist das Zukunftsbüro Anlaufstelle und Plattform für eine bürgerbeteiligte Zukunftsgestaltung

und trägt dazu bei, Chancen und Risiken in der Entwicklung von Stadt und Region frühzeitig zu erkennen. Die Folgen des demografischen Wandels werden sich in Kassel nicht vornehmlich durch eine sinkende Einwohnerzahl bemerkbar machen, sondern durch den stetigen Anstieg des Altersdurchschnitts. Gleichzeitig wird die Stadt in ihrer Bevölkerungszusammensetzung immer heterogener, wie die eingangs angeführten Zahlen bereits verdeutlichen. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen stellen Kommunen auch im Zuge einer steigenden Finanznot vor neue Herausforderungen. Es gilt, neue Konzepte, Zugangsformen und Möglichkeiten zur Stärkung der Stadtgesellschaft und des Stadtfriedens zu entwickeln.

Die Bestrebungen und Ziele der Stadt Kassel, verschiedene Ansätze der Integrationsförderung lokal besser miteinander zu vernetzen, Synergien zu erzeugen und Strukturen für eine reale gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Leben zu fördern und auszubauen, deckt sich mit den Bestrebungen und Zielen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“. Vor diesem Hintergrund konnte sich die Stadt Kassel im Sommer 2009 erfolgreich für das Landesprogramm mit dem Ziel bewerben, diesen Prozess auch weiterhin konstruktiv zu unterstützen und noch stärker nachhaltige, strukturelle Entwicklungen zu fördern.

Handlungsfelder und Vernetzung

Bei den Workshops zum Auftakt Ende 2009 und Anfang 2010 wurden Bildung, Sport und Kulturvermittlung als wichtigste Handlungsfelder der zukünftigen Integrationsförderung in Kassel gemeinsam mit den Migrantenselbstorganisationen und den Trägern der Integrationsförderung festgelegt.

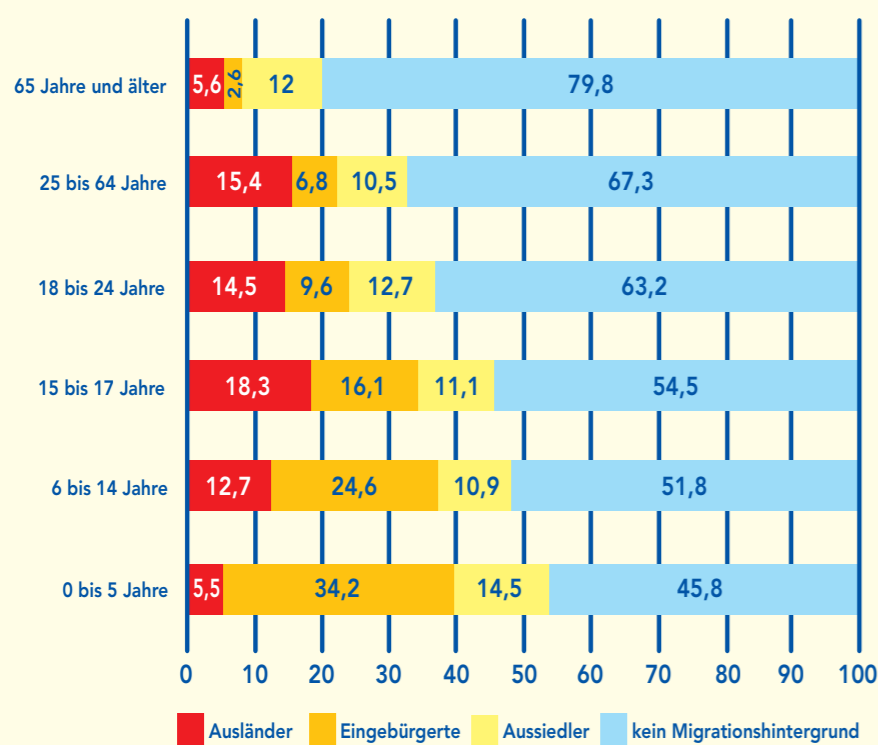
Bürgermeister Jürgen Kaiser, Dezernent für Sport, Ordnung und Sicherheit:
„Als Sportdezernent freue ich mich besonders, dass seit 2011 innovative Projekte im Bereich der Sportförderung und des Breiten-sports durch die Modellregion gefördert werden, da durch Sport Begegnungen geschaffen und Vorurteile abgebaut werden können.“



Die Workshops gaben weiterhin Gelegenheit, dass etablierte Akteure der Integrationsförderung in einen konstruktiven Erfahrungsaustausch untereinander sowie mit jungen Initiativen und Vereinen traten. Dadurch konnte ein wichtiger Beitrag für mehr Transparenz innerhalb der Integrationsförderung geleistet werden, der zu einer neuen Qualität der themenbezogenen Vernetzung führte und in eine gemeinsame Entwicklung von Projektideen mündete.

In enger Begleitung durch die Programmkoordination „Modellregionen Integration“ entwickeln die insgesamt 15 geförderten Projekte neue Konzepte und vertiefen sowie erweitern bereits erfolgreiche Ansätze der Integrationsförderung. Hervorzuheben ist für Kassel besonders die Zusammenarbeit von freien Trägern, Migranten-

Verteilung nach Altersgruppen in Prozent



1. Integrationsworkshop „Modellregionen Integration“, Januar 2010

Modellregion Integration Stadt Kassel



selbstorganisationen, städtischen Ämtern und Landesbehörden in Verbundprojekten. Die gemeinsame Realisierung von Projektideen schafft eine vertrauensvolle Grundlage für wechselseitige Einblicke in Organisationsstrukturen, Umsetzungsstrategien und befördert den Erfahrungsaustausch auch hinsichtlich unterschiedlicher Problemlagen und Lösungsansätze. Mit der Förderung von Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen und freien Trägern wird ferner ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung von monoethnischen Organisationen geleistet. Diese neuen Wege der Zusammenarbeit bewirken langfristig weitreichende strukturelle Veränderungen, da sich durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Erfahrungsebenen vielfältige Synergien ergeben, die über einzelne Projektzusammenhänge hinausreichen.

Auf der Projektebene werden u. a. die Voraussetzungen und Strukturen für nachhaltige Kooperationen zwischen Grundschulen und Kultur- sowie Kunsteinrichtungen geschaffen oder eine enge Vernetzung zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen im Bereich der Elternförderung aufgebaut. Inhaltlich spiegeln die Modellregionsprojekte insgesamt die Vielfalt des Lebens und die Herausforderungen einzelner Lebensphasen wider. Neben der Förderung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der Sprache oder beim Übergang von Schule in Studium oder Ausbildung

sind auch ältere Kasselerinnen und Kasseler mit Migrationshintergrund hinsichtlich neuer Formen der Gesundheitserhaltung oder bezogen auf die interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen stärker in den Blick gerückt.

Stadtkämmerer
Dr. Jürgen Barthel,
Dezernent für Finanzen, Beteiligungen und Soziales

„Mit dem fortschreitenden demografischen Wandel werden auch kultursensible Ansätze in der Betreuung und Begleitung von älteren Zuge-



wanderten notwendig, die mit der Hilfe der Modellregion entwickelt und erprobt werden können.“

Die einzelnen Initiativen, Konzepte und Ansätze werden durch das Landesprogramm – und konkret durch die Programmkoordination vor Ort – miteinander verbunden, sodass ein konstruktiver Austausch und ein gemeinsamer Lern- und Vernetzungsprozess stattfinden kann. Durch die geschaffene Transparenz hinsichtlich der unterschiedlichen Projektkonzeptionen und Umsetzungsstrategien haben sich bereits erste Formen der träger- und projektübergreifenden Zusammenarbeit und Unterstützung z. B. bei



Projektmarktplatz „Modellregionen Integration“, August 2011

der Akquirierung oder Erschließung neuer Zielgruppen ergeben. Die Finanzierung einer Koordinationsstelle durch das Landesprogramm und deren regelmäßiger Austausch mit dem Hessischen Integrationsministerium bilden weiterhin die Grundlage, dass die Projektträger vor allem in Fragen der Antragstellung, Konzeptentwicklung und Projektumsetzung vor Ort konkrete Hilfestellungen erhalten und eng begleitet werden.

Die Erfahrungen, die bis zum Ende der Laufzeit des Programms in Kassel durch die Projektumsetzungen, die Entwicklung eines Integrationsmonitorings und den engen Austausch mit Akteuren der Integrationsförderung gewonnen werden, unterstützen die prozessorientierte Weiterentwicklung der Kasseler Integrationsförderung. Die Bereitstellung einer wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung des Landesprogramms sowie die Förderung einzelner Projekte durch das Ministerium bieten die zusätzliche Chance, Entwicklungsprozesse auf einer anderen Ebene zu reflektieren, Synergien sichtbar zu machen und Schnittstellen aufzudecken.

Stadträtin Anne Janz,
Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit



„Gleichberechtigte Bildungschancen für alle Kasseler Kinder und Jugendlichen ist eines unserer zentralen Anliegen, das wir mit viel Engagement vorantreiben. Deswegen sind viele der Modellregionsprojekte im Handlungsfeld Bildung aktiv und engagieren sich u. a. in den Bereichen Sprachförderung im Kindergarten und Elternbildung.“

Perspektiven

Die Einbindung der „Modellregionen Integration“ in das Zukunftsbüro der Stadt Kassel schafft darüber hinaus die Grundlage für einen konstanten Informationstransfer zwischen Verwaltung und Akteuren der Integrationsförderung. Diese neue Form der offenen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freien Trägern stellt bisherige Rollenzuschreibungen infrage und bereitet den Weg für eine konkurrenzfreie und wechselseitig unterstützende Zusammenarbeit. Auf diese Weise werden Möglichkeiten und Bedingungen geschaffen, aus denen langsam Vertrauen erwächst, um die anstehenden Aufgaben im Zuge des gesellschaftlich-demografischen Wandels gemeinsam anzugehen.

Für weitere Informationen

empfehlen wir die Internetseiten des Zukunftsbüros
www.zukunft-in-kassel.de
und der Stadt Kassel
www.stadt-kassel.de

Ansprechpartner:

Programmleiter:
Ullrich Bieker
Telefon: 0561 - 787-21 87
E-Mail:
ullrich.bieker@stadt-kassel.de

Programmkoordination:
Peggy Niering
Telefon: 0561 - 787-21 32
E-Mail:
peggy.niering@stadt-kassel.de

Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau



Ausgangslage

Aus den Kooperationsgesprächen zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau gingen drei wichtige Ergebnisse hervor, die auch für die Konzeption und die Bewerbung im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ grundlegend sind:

1. Integration ist eine Aufgabe aller im Kreis und in der Stadt lebenden Menschen, um ein „Wir“ in der Gesellschaft zu verankern. Dies setzt eine aktive Mitarbeit von allen voraus: Hierbei sind sowohl Integrationsangebote vonseiten der Aufnahmegesellschaft als auch die Mitwirkung und Eigeninitiative der Migrantinnen und Migranten wesentliche Bestandteile einer erfolgreichen Integration.

2. Hierbei gilt es, die zugewanderten Menschen möglichst umfassend (d. h. wirtschaftlich, sprachlich und sozialgesellschaftlich), also ganzheitlich in allen Lebensbereichen teilhaben zu lassen. Ziel der Integrationspolitik muss es daher sein, Partizipation, Teilhabe und Zugehörigkeit zu ermöglichen, in einer bunten Gesellschaft, die

3. gegenseitige Anerkennung und Vielfalt als Chance definiert. So soll in der Gestaltung des Zusammenlebens im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau ein klarer Perspektivwechsel vollzogen werden. Weg von der Defizitbetrachtung hin zu Stärken, Möglichkeiten, Potenzialen und Chancen.

Konzeption und Umsetzung

Aus diesen drei zentralen Ergebnissen ergaben sich folgende strategische Leitfragen:

- Wie füllen wir das „Wir“ in der Gesellschaft mit Leben?
- Wie verankern wir den Perspektivwechsel „hin zu den Potenzialen“?
- Wo sind die Bedarfe der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund?
- Welche Angebote haben wir? Wie können wir diese erweitern? Wo sind Lücken und wie können wir diese schließen?
- Wie können wir bereits vorhandene Maßnahmen und die Zusammenarbeit verschiedener

Institutionen bündeln und vernetzen und damit optimieren?

- Wo liegen die größten Entwicklungspotenziale (inhaltlich=> Handlungsfelder; räumlich=> Stadtteile, Kommunen)? Wie kann der Kreis/die Stadt Integration als Win-win-Situation gestalten?



„Jede und jeder muss – unabhängig von sozialem Status, Herkunft und kulturellem Hintergrund – aktiv und gleichberechtigt am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können.“

(Stadtrat W. Axel Weiss-Thiel)

„Weltweite Migration ist ein dauerhaftes Phänomen. Mittlerweile ist es eine offensichtliche Tatsache geworden, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Auch im Main-Kinzig-Kreis können wir das friedliche Zusammenleben der Menschen aus 152 Ländern der Welt jeden Tag beobachten. Diese kulturelle Vielfalt ist ein Potenzial und zugleich eine Herausforderung für die Politik und die lokalen Gemeinschaften.“

(Landrat Erich Pipa)



Stadtteilmütter Hanau präsentieren sich auf dem Stadtteiffest in Lamboy.



Teilnehmerinnen eines Beratungstermins im Integrationsbüro, Gelnhausen

Bereits zu Beginn des Landesprogramms Modellregionen Integration waren vielfältige Angebote im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau vorhanden, die aber auch immer wieder Lücken aufwiesen. Durch die innovativen Projekte, die im Rahmen des Programms durchgeführt werden, wird angestrebt, strukturelle Verbesserungen im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen. Vorhandene Lücken konnten bereits geschlossen bzw. neue Strukturen geschaffen werden. Das Programm „Modellregionen Integration“ leistet somit einen wichtigen Beitrag zu der geplanten durchgängigen Struktur im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau.

Durch die Einrichtung des Integrationsbüros des Main-Kinzig-Kreises wurde beispielsweise eine zentrale Anlaufstelle für Fragen zur Migration und Zuwanderung geschaffen und die Struktur innerhalb der Verwaltung um einen wichtigen Baustein erweitert.



Herr Dr. Kindermann, HMDJIE, bei einem Vortrag in Hanau

Das neue Integrationskonzept der Stadt Hanau entwirft eine Struktur für unterschiedliche Zielgruppen, die sich überwiegend an den unterschiedlichen Lebenswegen der Menschen orientiert. Da auch der Aufbau, die Angebote und Programme in den Fachbereichen der Stadtverwaltung auf dieses Gefüge ausgerichtet sind, erleichtert dies die Umsetzung des Konzeptes. Darüber hinaus konnten diese bereits vorhandenen Strukturen bei der Umsetzung der einzelnen Modellprojekte durch Kooperationen und Vernetzungen ergänzt und erweitert werden.

Der gemeinsame Internetwegweiser „Integrationsatlas“ des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau bündelt die vorhandenen integrativen Angebote und die Aktivitäten in der Modellregion und sorgt für mehr Transparenz.

Einer der wichtigsten Schwerpunkte des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau stellt die Förderung der Vernetzung und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund dar. Durch die Integrationsworkshops und andere angebotene Veranstaltungen wird für einen Austausch mit den Akteuren der Integrationsarbeit und mit Migrantinnenvertretern gesorgt.

Auch die im Rahmen des Programms errichteten Koordinationsstellen, die von Herrn Russo und Frau

Seipel besetzt werden, haben zur Verbesserung der Vernetzung und zu mehr Information über das Programm sowie über die Integrationsaktivitäten im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau beigetragen. Die Betreuung durch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa ist hierbei ein wichtiger Baustein zur Unterstützung und zum gegenseitigen Austausch zwischen Land, Modellregionen, Kreis, Stadt und Kommunen.



„In einem solch infrastrukturell differenzierten Landkreis wie dem Main-Kinzig-Kreis wird deutlich, dass die unterschiedlichen Förderangebote, seien es Deutschkurse, Projekte oder Beratungsangebote, die Menschen nur erreichen können, wenn sie vor Ort gemacht werden. Daher liegt unser Schwerpunkt als Modellregion in der Entwicklung und Umsetzung der Integrationsprojekte mit und in den Kommunen des Kreises. Ich halte es für besonders wichtig, dass unsere Arbeit und unsere Bemühungen bei den Menschen ankommen.“

(Landrat Erich Pipa)



Zertifikatübergabe nach bestandener Qualifizierung: Stadtteilmütter Hanau



Auftaktveranstaltung „Vereine erfolgreich in die Zukunft“ in Hanau

Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau



Handlungsfelder und Vernetzung

Die zentralen Handlungsfelder der Integrationsarbeit in der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/ Stadt Hanau sind:

- Bildung und Qualifizierung (Förderung von Familien, Frauen sowie Kindern und Jugendlichen),
- Vernetzung der Integrationsangebote,
- interkulturelle Öffnung der Institutionen,
- Förderung sowie interkulturelle Öffnung der Vereine.

Dauerhaft setzen sich der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau das Ziel, Integrationsbedingungen für Migrantinnen und Migranten zu verbessern – in der Bildung (Kita & Schule), im Beruf (Arbeitnehmer/innen), in der Freizeit (Vereine) und in der Wirtschaft (lokale Migrantenökonomie).

Die Stadt Hanau bringt in der Modellregion Integration Projekte auf den Weg, die sich hervorragend in das Integrationskonzept einfügen. Diese setzen in allen Bereichen der „Struktur hin zu den Menschen“ (beginnend mit Projekten zur frühen Hilfe, Übergang in Kindertagesstätten und Schule sowie auf dem Weg in das Berufsleben) einen neuen wichtigen Baustein. Da im Zuge des zweijährigen Integrationsprozesses mit lokalen Akteuren deutlich geworden ist, dass Multiplikator/inn/en in den Stadtteilen nötig sind, um Informationen über die städtische Infrastruktur bekannt zu machen, liegt auf dem Hanauer Lot-

senprojekt „Stadtteilmütter“ in Kooperation mit der Stabsstelle Prävention ein besonderer Schwerpunkt. Langfristig ist es das Ziel, ähnliche Projekte auch in anderen Stadtteilen zu verankern.

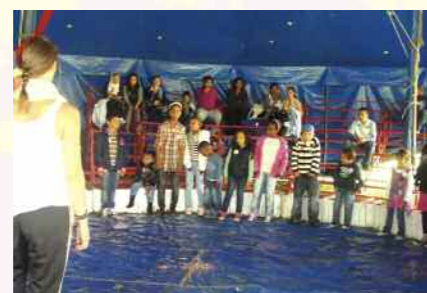
„Ein guter Bildungsabschluss ist die beste Voraussetzung für Erfolg und Teilhabe in der Gesellschaft.“

(Stadtrat W. Axel Weiss-Thiel)

„Bei Unternehmen muss ein Bewusstsein für die oft zusätzlichen Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten geschaffen und bei qualifizierten Migrantinnen und Migranten müssen ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse umfassend anerkannt werden.“

(Stadtrat W. Axel Weiss-Thiel)

Die Auszeichnung zur Modellregion Integration des Landes Hessen der Stadt Hanau gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis wurde mit großem Stolz entgegengenommen. So konnten die bisherigen Bemühungen in unterschiedlichen Bereichen in der Stadt und im Kreis zusammengefasst



Zirkusprojekt „Luna“ des Jugendbüros der Stadt Schlüchtern

und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Über das Programm „Modellregionen Integration“ wurde mehrmals in der lokalen Presse berichtet. Es wurde ein großes Interesse sowohl der Öffentlichkeit als auch der Bevölkerung des Kreises und der Stadt an den Aktivitäten in den einzelnen Kommunen verzeichnet.

Die politische Lenkungsgruppe Modellregion Integration, in der u.a. Herr Landrat Pipa und Herr Stadtrat Weiss-Thiel vertreten sind, begleitet die Projekte inhaltlich und trägt dadurch zur weiteren Veröffentlichung bei.

„Integrationspolitik gelingt, wenn sie als ein Element von Gesellschaftspolitik verstanden wird und einzelne Politikfelder ineinandergreifen.“

(Stadtrat W. Axel Weiss-Thiel)

Zur Gestaltung des Programms Modellregion Integration in der Region wurden die Vertreter der freien Wohlfahrtsverbände, die seit Jahren in der Migrationsarbeit aktiv sind, eingeladen. Ziel ist es, von einem Erfahrungsaustausch und neuen Koopera-



Landrat Erich Pipa eröffnet das Integrationsbüro des Kreises in Gelnhausen.



Podiumsdiskussion „Ältere Migranten beteiligen – aber wie?“



Märchenführung: Hanauer Kids entdecken die Geschichte und erleben die Kultur ihrer Heimatstadt.

Perspektiven

tionen zu profitieren. Die Krönung dieser erfolgreichen Vernetzungsarbeit ist die Kooperationsvereinbarung, die im Juni 2011 von Herrn Landrat Pipa und den Geschäftsführern des Diakonischen Werkes Hanau, des Internationalen Bundes Hanau, des Caritasverbandes für den Main-Kinzig-Kreis, des Deutschen Roten Kreuzes – Kreisverband Gelnhausen – sowie des Diakonischen Werkes Gelnhausen unterzeichnet wurde.

Der zentrale Ansatz bei der Umsetzung des Programms Modellregionen Integration ist die enge Einbindung von Migrantinnen und Migranten. Daher bemühen sich der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau um einen Austausch mit den lokalen Migrantenselbstorganisationen sowie mit den unterschiedlichen Migranteneinitiativen. Durch die gute Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Migranteneinitiativen können die modellhaft entwickelten Projekte auf kommunaler Ebene gut umgesetzt werden.

Die gestarteten Projekte aus der Modellregion werden regelmäßig evaluiert und so die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit geprüft. Eine Übernahme in die Regelstruktur ist bei erfolgreichen Effekten geplant.

„Integration kann uns dauerhaft nur gelingen, wenn sie in den Regelstrukturen unserer Gesellschaft verankert wird. Integration bedeutet, einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Integration bedeutet, dass Kinder aus Migrantenfamilien zur Schule gehen und eine wirkliche Chance erhalten, auch das Gymnasium zu besuchen. Darüber hinaus bedeutet Integration, ein deutsches Formular im Amt ausfüllen zu können oder die Sicherheit zu haben, dass einem dabei geholfen wird. Gerade die individuellen Bildungsbiografien prägen den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Teilhabe am sozialgesellschaftlichen Leben. Deswegen legen wir unseren Schwerpunkt im Main-Kinzig-Kreis langfristig auf die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien.“

(Landrat Erich Pipa)

Projektleitung Main-Kinzig-Kreis:

Klaus Pichl, Kreissozialamt
Barbarossastraße 24
63571 Gelnhausen
Telefon: 06051 - 85-12 657
Telefax: 06051 - 85-12 662
E-Mail: klaus.pichl@mkk.de

Programmkoordination:

Anna Seipel, Integrationsbüro
Barbarossastraße 24
63571 Gelnhausen
Telefon: 06051 - 85-18 248
Telefax: 06051 - 85-18 256
E-Mail: anna.seipel@mkk.de
Homepage Main-Kinzig-Kreis:
www.mkk.de

Projektleitung Stadt Hanau:

Gabriele Schaar-von Römer
Magistrat der Stadt Hanau
Umweltzentrum
Philipp-August-Schleissner-Weg 2
63452 Hanau
Telefon: 06181 - 18 00 762
Telefax: 06181 - 30 49 152
E-Mail:
gabriele.schaar-roemer@hanau.de

Programmkoordination:

Christian Pascal Russo, Magistrat der Stadt Hanau, Lamboyladen
Lamboylstraße 20, 63452 Hanau
Telefon: 06181 - 18 14 83
Telefax: 06181 - 18 14 82
E-Mail: christian.russo@hanau.de
Homepage Hanau: www.hanau.de

Gemeinsamer Internetauftritt
Modellregion Integration
Main-Kinzig-Kreis & Hanau:
www.integration-mkk-hanau.de

Modellregion Integration Stadt Offenbach

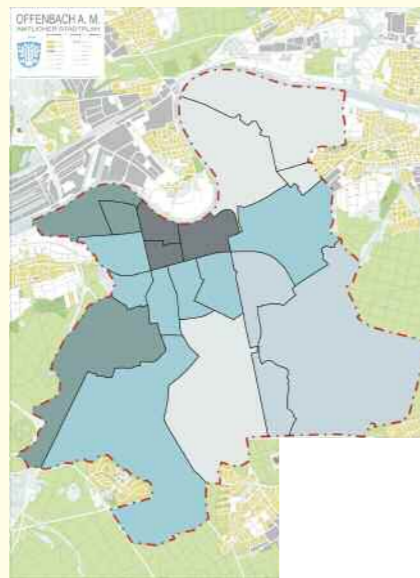


Ausgangslage

Der Blick auf Offenbach zeigt eine Situation, welche selbst für ein Land mit starker Einwanderung wie Deutschland ungewöhnlich ist. Während politische Entscheidungen in Deutschland – und ganz Europa – den demografischen Wandel stets einbeziehen müssen, beschäftigt sich die Kommunalpolitik in der Stadt am Main mit der Steuerung eines konstanten Wachstums der Bevölkerung. Zuwanderung nach Offenbach spielt hier eine zentrale Rolle.

Offenbach am Main ist eine Kernstadt der Region Frankfurt/Rhein-Main mit etwas mehr als 120.000 Einwohnern aus rund 140 Nationen, von denen die Nicht-Deutschen einen Anteil von etwa 30 Prozent an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Der Anteil der Offenbacher mit sogenanntem Migrationshintergrund (MH) beträgt sogar über 55 Prozent. Die Stadt ist von dieser Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankfurt am Main mit einer starken Verflechtung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes geprägt. Daneben vollzieht Offenbach einen lang anhaltenden Strukturwandel von traditionellen Industrien zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft. Die Sozialstruktur Offenbachs ist, nicht zuletzt als Teil des Erbes als Industriestandort, geprägt von einem hohen Anteil von sozial schwachen und zum Teil bildungsfernen Einwohnerinnen und Einwohnern, besonders unter den Zuwanderern und Deutschen mit MH.

Die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Stadtgebiet mit der starken Konzentration in bestimmten Stadtteilen, vor allem in der Innenstadt, zeigt das folgende Schaubild:



Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in statistischen Bezirken in Offenbach/M. am 31.12.2010

70 % bis 75 %	Durchschnitt: 55,2 %
60 % bis unter 70 %	
50 % bis unter 60 %	
40 % bis unter 50 %	
30 % bis unter 40 %	

Quelle: Melderegister, MigraPro
Definition von Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Nicht-Deutsche, Aussiedler, eingebürgerte Deutsche



Ein langfristig prägendes Element der Offenbacher Sozialstruktur ist die deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitslosenquote von 10,4 Prozent im September 2011 und einer SGB-II-Quote von 18,8

Prozent Ende 2010, dem Anteil der Menschen mit Leistungen der Grundversicherung für Arbeitsuchende an der Bevölkerung. Starke Schnittmengen zwischen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen bzw. sozialem Transferleistungsbezug und der Migrationsbevölkerung lassen sich deutlich erkennen. Nicht-Deutsche sind sowohl bei der Arbeitslosigkeit als auch im Bereich des SGB II weit überdurchschnittlich betroffen. Dies bildet den Hintergrund für umfangreiche Bemühungen der Kommune um die Stabilisierung und Verbesserung der Sozialstruktur.

Die Migrationsbevölkerung ist auch im Bildungssystem erkennbar benachteiligt. Die Daten im Offenbacher Bildungsbericht „Erziehung und Bildung in Offenbach (EBO)“ zeigen seit Einführung des Bildungsmonitorings die starke Kluft der Bildungsgewinner und -verlierer im Bildungssystem. Das beinhaltet große Herausforderungen nicht nur für Schulen, sondern auch für die Kommune.

Die Stadt hat Strategien entwickelt, wie man den Integrationsprozess zwischen Zuwanderinnen und Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft moderieren, begleiten und, wo möglich, steuern kann. Dabei unterliegen auch die kommunalen Strukturen einem Anpassungsprozess, bedingt durch die sich weiter verändernde Bevölkerungsstruktur und Zusammensetzung. Integration ist in Offenbach als kommunale Querschnittsaufgabe veran-

Konzeption und Umsetzung

kert. Es geht um die Herstellung politischer Verbindlichkeit, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und die Förderung des Dialogs zwischen den Bevölkerungsgruppen. Konkrete Handlungsfelder sind die Arbeit in den Quartieren der Stadt, die Förderung von Bildung, Sprachkompetenzen und Beschäftigung und die Stärkung der sozialen Teilhabe.

Auf diesem breiten Fundus von Erfahrungen baut die Integrationsarbeit auf. In enger Zusammenarbeit mit dem Land im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ geht es grundsätzlich um die Weiterentwicklung des Leitbildes durch die Einbeziehung von neuen Erkenntnissen in das kommunale Integrationskonzept von 2004, die Erprobung von neuen Maßnahmen in zunächst fünf Bereichen der kommunalen Integrationspolitik und nicht zuletzt um eine strukturelle Verankerung oder die Verstetigung der hiermit gewonnenen Ergebnisse.

Handlungsfelder und Vernetzung

1. Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale und Stärkung der Selbstorganisationen der Migrationsbevölkerung
2. Ausbau sozialraumbezogener Integrationsmaßnahmen im Rahmen des Quartiersmanagements
3. Bildungsförderung
4. Elternbildung in Kooperation mit relevanten Institutionen vor Ort
5. Förderung von Gesundheit und Gesundheitsaufklärung von Migrant/inn/en



Vertreter/innen der lokalen Migrantenselbstorganisationen beim Integrationsworkshop im Rahmen des Landesprogramms Modellregionen Integration Offenbach: Freundchaftsverein Türkei, Jüdische Gemeinde und Mevlana Moschee



Kunstaktion mit Kindern im Stadtteil Lauterborn

Modellregion Integration Stadt Offenbach



Mit der besseren Vernetzung der lokalen Akteure im Bereich Integration will die Kommune außerdem die Basis der kommunalen Integrationspolitik erweitern und zusätzliche bislang noch nicht genutzte, aber in der Stadt vorhandene Potenziale – besonders im Bereich ehrenamtliches Engagement – ausschöpfen.



„Ich verspreche mir von der Modellregion eine deutliche Verstärkung der Integrationswirkungen kommunaler Politik in Form einer verbesserten Teilhabe an den Chancen der Gesellschaft, einem vertieften Verständnis der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen füreinander und nicht zuletzt in einer Verbesserung der Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Migrationsbevölkerung in der Stadt“.

so Bürgermeisterin Birgit Simon anlässlich des ersten Planungsworkshops der Modellregion Integration in Offenbach.

Die sechs laufenden Projekte der Modellregion Integration decken konzeptionell die genannten Handlungsfelder ab, tangieren aber im Ergebnis ebenso weitere Bereiche der Integration: Arbeitsmarkt, Frauen- und Jugendförderung, Gewaltprävention, Identitätsbildung. Alle Projekte sind so konzipiert, dass ihre Ergebnisse schon während ihrer Laufzeit in die bestehenden festen Strukturen einfließen, damit die Ergebnisse in

Schule, Gesundheitsdiensten, Kommunalverwaltung und anderen Bereichen dauerhaft gesichert werden.

Am Beispiel des Projekts „KiESEL“ des CGIL-Bildungswerks in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Offenbach kann man diesen Ansatz erläutern. In der Schnittmenge zwischen Bildung und Elternarbeit wird angestrebt, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und den Eltern mit MH an den Grundschulen aufzuwerten und neue Wege der Kommunikation zu gehen, um bessere Voraussetzungen für den Schulerfolg der Kinder zu schaffen. Mit Grundschullehrern, die zu Elternbeauftragten qualifiziert wurden, und Multiplikatoren aus den Gemeinschaften der Migrationsbevölkerung, die bei Bedarf übersetzen und zum besseren Verständnis der Schulbelange beitragen, will KiESEL gleichzeitig zur interkulturellen Sensibilisierung in den Schulen beitragen. Die Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt ermöglicht die Durchführung des Projektes in den Schulen und gleich eine direkte Verfestigung der Ergebnisse in der betroffenen Institution Schule.

Jedes der Teilprojekte der Modellregion hat ein eigenes Konzept. Dennoch gibt es einen gemeinsamen Nenner: der Einsatz von ehrenamtlichen Kräften und „zivilgesellschaftliches“ Engagement. Ehrenamtliche Aktivität von Menschen mit und ohne MH ist ein wichtiges Element gelingender Integration, die in vielen Migrantenselbstorganisationen (MSO) statt findet. Mit den Spitzen der wich-

tigsten Selbstorganisationen hat die Stadt im Jahr 2007 das Kompetenzteam Zusammenleben gegründet. Den Vorsitz haben die Bürgermeisterin der Stadt, Birgit Simon, und der Vorsitzende des Ausländerbeirats, Abdelkader Rafoud. Der regelmäßige Austausch im Kompetenzteam mit Einbindung unterschiedlicher Facheinrichtungen der Stadtverwaltung hat die Partizipation der Migrationsbevölkerung sichtbar erhöht, Brücken zu öffentlichen Institutionen aufgebaut und Verknüpfungen mit externen Netzwerken in der Stadt hergestellt, z. B. in den Bereichen Gesundheit, Ausbildung, Elternbildung, Arbeitsmarkt, Quartiersmanagement oder soziale Leistungen.

Mit dem Projekt „Gemeinsam für Integration in Offenbach“ wird die Basis für eine langfristige Partnerschaft zwischen der Stadt und den lokalen MSO in der kommunalen Integrationspolitik gestärkt, wie es das Landesprogramm Modellregionen Integration vorsieht. Intensives Coaching, Kompetenzentwicklung und Beratung bei ihrer Organisationsentwicklung sollen die Nachhaltigkeit der Partnerschaft und der Ergebnisse der mittlerweile 15 gemeinsam entwickelten Miniprojekte sichern. Noch kleinere Projekte, sog. Mikroprojekte, wurden ebenso mit engagierten Einzelpersonen aus unterschiedlichen Kulturkreisen entwickelt, auch unter Beteiligung von Menschen ohne MH.

Das zeigen am besten die Projekte „Integration im Quartier“ und „Geschichte und Gegenwart der Zuwan-

derung nach Offenbach am Main“. In drei Stadtteilen mit besonders hohem Anteil von Bevölkerung mit MH (Grafik unten) und Integrationsbedarf werden in Kooperation mit dem dort eingerichteten Quartiersmanagement neue Formen der Aktivierung von Einheimischen und Migrant/inn/en und deren Gemeinschaften erprobt. Zur Verstärkung der lokalen Identität bereitet das Haus der Stadtgeschichte eine Sonderausstellung vor, für die das Museum von Zuwanderern wie von Einheimischen Objekte und erlebte Geschichten sammelt. Hiermit wird den Fragen nachgegangen, was Heimat bedeutet, wie sich die Stadt durch Zuwanderung verändert hat und welche Gefühle damit verknüpft sind.

Perspektiven

Die Entwicklung eines lokalen Maßnahmenkatalogs dank intensiver Kooperation unter den kommunalen Einrichtungen und mit externen städtischen Akteuren fördert die Erhöhung der Transparenz in der Integrationsarbeit und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Aktive Öffentlichkeitsarbeit begleitet die einzelnen Maßnahmen und trägt dazu bei, die Agenda der Modellregion Integration im Bewusstsein der Bürger zu verankern.

Das Organigramm (siehe unten) gibt einen Gesamtüberblick über das Konzept der Modellregion Integration Offenbach.

Integrationspolitik ist in Offenbach „Chefsache“. Die Bürgermeisterin ist als zuständige Dezernentin ebenso persönlich involviert wie der Oberbürgermeister und die anderen Magistratsmitglieder mit ihren Zuständigkeiten für Stadtentwicklung, Bildung,

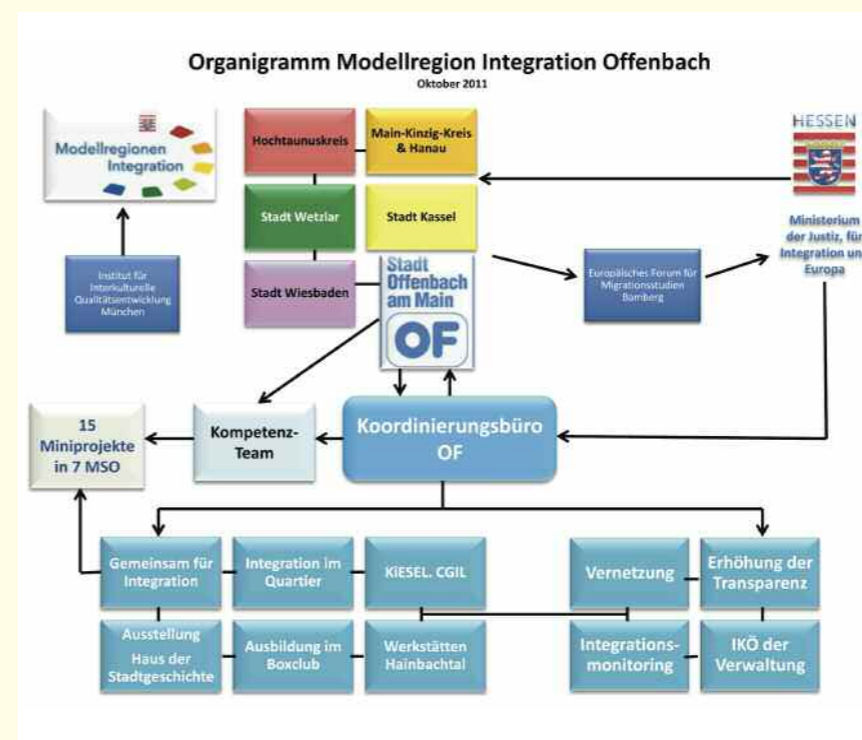
Kultur und Sicherheit. Integration in der Kommune kann nur gelingen, wenn die verschiedenen Fachbereiche der Verwaltung ebenso mobilisiert werden wie die vor Ort wirkenden Behörden und die Akteure der Zivilgesellschaft. Wirksame Integration setzt auch voraus, dass sie alle Lebensbereiche erfasst – Familie und Erziehung, die Schulen, den Arbeitsmarkt, die sozialen Dienste, Gesundheitsdienste und das Leben im Quartier. Offenbach hat sich auf den Weg gemacht, ein solch umfassendes kommunales Integrationskonzept umzusetzen.

Kontakt

Ana-Violeta Sacaliuc
Kordinatorin Modellregion Integration
Stadt Offenbach am Main
Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Berliner Str. 100
63065 Offenbach am Main
Telefon: 069 - 80 65 20 27

E-Mail:
Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de

www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/integration-und-zusammenleben/modellregion-integration



Modellregion Integration Stadt Wetzlar



Ausgangslage

Die Stadt Wetzlar hatte sich 2009 gemeinsam mit 17 anderen hessischen Kommunen/Landkreisen als Modellregion Integration mit dem Ziel beworben, ein zukunftsfähiges Integrationsmanagement aufzubauen und damit in der Region modellhaft für vergleichbare Städte zu sein.

Wetzlar ist geprägt von einer industriellen Entwicklung und einer damit einhergehenden Ansiedlung von Arbeitskräften. Von 52.000 Einwohnern haben heute 25 Prozent einen Migrationshintergrund. Der Ausländeranteil liegt bei 12 Prozent und verteilt sich auf 103 Nationalitäten. Die Mehrheit der Zugewanderten ist aus der Türkei, Südeuropa und Osteuropa.

Wetzlar hat eine lange Tradition in der Integration von zugewanderten Familien. Bereits mehrfach wurden Projekte für beispielhaftes Engagement von Bund und Land ausgezeichnet. Auch das Projekt „Soziale Stadt“ und die daraus resultierende Entstehung von Nachbarschaftszentren und Modellprojekten z. B. zur frühen Familienbildung sind dank der Unterstützung des Landes und des Bundes als

ein Meilenstein engagierter Integrationspolitik zu bewerten.

Im Februar 2010 fand der Auftaktworkshop im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ in Wetzlar mit über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern als strategische Partner aus der Region statt. Während des 2. partizipativen Workshops im Mai 2011 zog Oberbürgermeister Wolfram Dette Zwischenbilanz, bedankte sich bei allen Beteiligten für das Engagement und stellte nach der Präsentation der aktuellen Projekte fest:



„Die bisherige Arbeit hat sich gelohnt.“

Oberbürgermeister Wolfram Dette

Konzeption und Umsetzung

Zu Beginn des Workshops betonte Oberbürgermeister Wolfram Dette die Wichtigkeit des Themas für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung und führte aus: „Damit Integration gelingen kann, sollen alle Bürger gleiche Zugangschancen zu den sozioökonomischen und politischen Ressourcen unserer Gesellschaft haben, sich aktiv in den Gestaltungsprozess einbringen und sich mit ihrer neuen ‚Heimat‘ identifizieren.“

In Wetzlar wurden deshalb folgende Leitgedanken für das kommunalpolitische Handeln und ein zukünftig zu gestaltendes Integrationsmanagement formuliert:

- Zuwanderung ist Chance;
- Integration als partizipativen Prozess gestalten;
- Integrationsmanagement als Querschnittsaufgabe gestalten;
- strategische Steuerung als zentrale Aufgabe wahrnehmen;
- interkulturelle Kompetenz stärken;
- ein Integrationsmonitoring aufbauen und fortschreiben.



Im Rahmen des Landesprogramms Modellregionen Integration haben zwei partizipative Workshops stattgefunden, die kontinuierlich in AGs zu verschiedenen Handlungsfeldern weiterarbeiten.

Im 1. und 2. Workshop zur Modellregion haben sich im Wetzlarer Rathaus unter der Leitung von Oberbürgermeister Wolfram Dette Personen aus Politik, Verwaltung, Schulen, Sport, Ausländerbeirat, Migrantenvereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen- und Glaubensgemeinschaften, Akteure der „Sozialen Stadt“ und Einzelpersonen aus Gesundheit und Wirtschaft zusammengefunden, um in einen partizipativen Prozess zur Formulierung gemeinsamer Ziele und Gestaltung konkreter Angebote zur Integration einzutreten.

Die AGs haben sich in Wetzlar seit Beginn der Modellregion als verlässliche Arbeitsgemeinschaften herausgestellt, in denen auch die Projektträger mitarbeiten. Sie sind sowohl Forum für fachliche Diskussionen, Meinungsbildung, Konzeptentwicklung als auch für die Beschlussfassung von Projektanträgen zur Weiterleitung

an den Programmbeirat zuständig. Der Programmbeirat setzt sich aus Vertretern der Fachämter, des BAMF, des Schulamtes, des Kreises und von Stiftungen zusammen und erörtert die Projektanträge.

Gleichzeitig wurde ein verwaltungsinterner Organisationsentwicklungsprozess angestoßen, um die Aufgabenstellung der Integration auf der Grundlage des Zuwanderungsgesetzes im Sinne eines modernen Integrationsmanagements als Querschnittsaufgabe der Verwaltung zu gestalten.

Als Modellregion hat die Stadt Wetzlar die durch das Integrationsministerium zur Verfügung gestellten Ressourcen als wichtige Basis für eine tragfähige Umsetzung erlebt. Insbesondere die individuelle Begleitung ist sehr wertvoll für eine Reflexion und eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Prozesses.

Hessenweite Workshops zu Themen wie „Transparenz und Partizipation“ verdeutlichen formelle und informelle Strukturen und eröffnen neue Sichtweisen zu einer bewussten und gezielten Nutzung der Strukturen vor Ort.

Handlungsfelder und Vernetzung

In Wetzlar wurden 2010 insgesamt 10 Projekte durchgeführt. Für 2011 wurden 14 Projekte bewilligt und in folgenden Handlungsfeldern umgesetzt:

- Sport und zivilgesellschaftliches Engagement,
- Schule als interkultureller Lernort,
- Sprache und Bildung im Elementarbereich,
- kulturelle Integration,
- berufliche Integration.

Nähere Informationen hierzu erhalten Sie auf der Homepage der Stadt Wetzlar unter [www.wetzlar.de/Leben in Wetzlar/Migranten/Modellregion Integration](http://www.wetzlar.de/Leben_in_Wetzlar/Migranten/Modellregion_Integration).

Alle Projekte sind darauf ausgerichtet, auch eine strukturelle Verbesserungen der Angebote für eine gelingende Integration zu erreichen, und haben Erwachsene/Eltern sowie Kinder als Zielgruppe. Sie sind an Sprach- und Sozialkompetenz orientiert und setzen dem Bedarf entsprechend an.



Teilnehmer des 1. Integrationsworkshops zur Modellregion in Wetzlar



Vorstellung des Projekts „Schüler helfen Schülern“ durch die Projektleiterin in der August-Bebel-Schule

Modellregion Integration Stadt Wetzlar



Auf der Basis der bisherigen Integrationsarbeit und anknüpfend an die Erfahrungen der Modellregion soll in Wetzlar der Aufbau eines Integrationsmanagements vorangetrieben werden. Ziel ist, Integration als Querschnittsaufgabe wahrzunehmen und von den einzelnen Ämtern umzusetzen. Bis zum Jahresende 2011 ist geplant, erste Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Für die nächsten Schritte sind Schulungen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz vorgesehen. Gleichzeitig soll „Integration“ im Sinne eines partizipativen Prozesses auch zukünftig die relevanten gesellschaftlichen Partner einbeziehen.



Projektbesuch des HMDJIE in der Modellregion – hier AG Schule als interkultureller Lernort, Vorstellung der Projekte „Schüler helfen Schülern“

In Wetzlar gibt es aufgrund gewachsener Strukturen innerhalb der Stadtteile, aber auch als Resultat des Projektes „Soziale Stadt“ teilweise schon lange bestehende Netzwerke in Form von Stadtteilbeiräten und Stadtteilkonferenzen. An diese Struktur konnte die Modellregion erfolgreich anknüpfen und sowohl mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern als auch mit gesellschaftlichen Akteuren ins Gespräch kommen und sie als Multiplikatoren für die Modellregion gewinnen.

Dies führte bereits zu neuen Kooperationen. So wurde zum Beispiel in einem erst aufgrund des Workshops der Modellregion neu in den Blick genommenen Stadtteil mit einem ansteigenden Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund Anfang 2010 eine Stadtteilkonferenz gegründet.

Innerhalb dieser Konferenz wurden von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund mit einer hohen Beteiligung Projektideen entwickelt und verwirklicht. Es wurden gemeinschaftlich abgestimmte Aktionen verwirklicht.

Es entstand ein „Eltern- und Kindercafé“ mit vielen interessanten Angeboten sowie eine Hausaufgabenhilfe durch ehrenamtlich tätige Mütter. Die Aktion „Fußball für Väter und Kinder“ wurde bei der Auftaktveranstaltung mit 130 Teilnehmenden zum absoluten „Renner“.

In diesem Stadtteil hat die Modellregion bereits erfolgreich eine Initialzündung ausgelöst und sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Bürger mit Migrationshintergrund vielfältig erreicht.

Nicht in allen AGs konnten die bisher gesteckten Ziele umgesetzt werden, dabei spielten strukturelle Bedingungen und Veränderungen, aber auch inhaltliche Diskussionen eine wesentliche Rolle.

Perspektiven

Der Dialog mit Migrantenselbstorganisationen wurde durch die Modellregion erweitert und verstärkt. Aufgrund der breit angelegten Bürgerbeteiligung kamen aber auch unterschiedliche politische Strömungen zum Tragen, die sich eher blockierend auswirkten. Daher muss zum Teil neu überlegt werden, wie einzelne Migranten oder Migrantenselbstorganisationen weiterhin in den Prozess einzubinden sind, damit der gemeinsame Weg erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Die systematische wissenschaftliche Beurteilung des Prozessverlaufs und einzelner Projekte ist ein wichtiger und unterstützender Bestandteil für die Modellregion. Bezogen auf den Gesamtverlauf wünschen wir uns klare Hinweise auf die Wirkung von strukturellen Veränderungen in Verbindung mit operativen Maßnahmen und möglichen Indikatoren für die Umsetzung eines kommunalen Monitorings.

In Wetzlar ist Integration „Chefsache“. Der Wetzlarer Oberbürgermeister Wolfram Dette hat den Prozess angestoßen und sich von Anfang an engagiert beteiligt. Er ist aktiver Teilnehmer in allen Gremien und Workshops. Damit ist er Motor und Beispiel für Politik, Verwaltung und Bürger.

Die Akzeptanz des Themas „Integration“ wurde damit sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung deutlich erhöht.

„Aus der vom Land angestoßenen Entwicklung in den Modellstandorten ergibt sich eine wichtige Verzahnung der Integrationsbemühungen des Landes mit den Kommunen.“

Oberbürgermeister Wolfram Dette

Nähere Informationen:
www.wetzlar.de

Ansprechpartner:

Eva Schermbach,
eva.schermbach@wetzlar.de
Telefon: 06441 - 99 20 15

Peter Matzke,
peter.matzke@wetzlar.de
Telefon: 06441 - 99 20 10



Die Schüler sehen mit viel Freude ein selbst gedrehtes Video zum Projekt „Schüler helfen Schülern“.

Modellregion Integration Stadt Wiesbaden



Ausgangslage

Die Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt Wiesbaden 2010 bis 2014 hat neue inhaltliche Ziele und Handlungsfelder der Wiesbadener Integrationspolitik für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Des Weiteren reagiert das Konzept auf neuere Entwicklungen der praxisorientierten Integrationsarbeit und des Integrationsmonitorings. Bislang wurde vor allem in den Handlungsfeldern Bildung, Gesundheit und Sport sowie interkulturelle Öffnung Integrationsarbeit geleistet.

Konzeption und Umsetzung

Das Programm „Modellregionen Integration“ war ein guter Anlass dazu, die Arbeit im Handlungsfeld „Integration in den Arbeitsmarkt“ aufzunehmen und zu erweitern. Die Stadt Wiesbaden zielte dabei darauf, das Augenmerk künftig stärker als bisher auf die Potenziale und Chancen von Migration und Zuwanderung in der Integrationsarbeit zu richten. So gilt es, diese Potenziale anzuerkennen und die vielfältigen Ressourcen von Migrantinnen und Migranten verstärkt nutzbar zu machen. Durch die verschiedenen Aktivitäten wurden Maßnahmen ergriffen, um dem ansteigenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und auf den demografischen Wandel zu reagieren. Bereits vorhandene humanitäre Ressourcen und Fachkräfte mit Migrationshintergrund können so nutzbar gemacht werden, um die Folgen dieser Entwicklung zu vermindern.

Ziel aller Wiesbadener Modellregionenprojekte ist auch die interkulturelle Öffnung und Erweiterung von Regelstrukturen, um langfristige und nachhaltige Integrationserfolge zu erreichen.

Der erste Integrationsworkshop mit allen Akteuren im Bereich Integration und Arbeit vor Ort wurde als kreatives Instrument genutzt, um einen Auftakt und Einstieg zur konkreten Umsetzung der Zielsetzung, der Gestaltung einer tragfähigen Vernetzung sowie inhaltlichen und fachlichen Austausch zu ermöglichen. Im nächsten Schritt hat sich die Wiesbadener ämterübergreifende Steuerungsgruppe Integration mit den Ergebnissen des Workshops befasst. Die Ideen und Anregungen flossen in die Konzeption konkreter Projekte ein.



Auf dem Integrationsworkshop am 28.01.2010

Handlungsfelder und Vernetzung

Im weiteren Verlauf des Modellregionenprogramms werden die Teilnehmer des ersten Integrationsworkshops stets informiert und in das neu initiierte Netzwerk auf der operativen Ebene eingebunden. Dies dient auch dem im Landesprogramm enthaltenen Anspruch größtmöglicher Transparenz und Partizipation.

Die enge Zusammenarbeit und der Austausch sowie der fachliche Input in Form der Strategieworkshops durch das Hessische Integrationsministerium ermöglichen eine Vertiefung in die wesentlichen Elemente und Ziele des Programms. Zudem wird durch

den kontinuierlichen Austausch mit dem Integrationsministerium und den anderen Modellregionen die Nachhaltigkeit und die strukturelle Veränderung der Integrationsarbeit vor Ort befördert. Über die Kofinanzierung aller Projekte durch die Landeshauptstadt Wiesbaden werden die für die Integrationsarbeit vorhandenen Mittel in Wiesbaden in einem beträchtlichen Ausmaß gebunden. Dies erfordert eine eindeutige Prioritätensetzung in der kommunalen Integrationsarbeit, die schlussendlich auch zur besseren Nachhaltigkeit erforderlich ist.

Innerhalb des Programms wurden drei Projekte initiiert, die einerseits neue Strukturen schaffen (Erstberatung), ein Modell der operativen Umsetzung bei der Hebung von Potenzialen der Zuwanderinnen und Zuwanderer darstellen (Kompetenz als Chance) bzw. der Optimierung von bestehenden Dienstleistungen und damit der Öffnung von Regelstrukturen (Integrationsassistenten) dienen. Alle drei Projekte sind auf andere Kommunen übertragbar.

Das Wiesbadener Konzept wird auf der Zukunftskonferenz erläutert.



Modellregion Integration Stadt Wiesbaden



1. Erstberatung qualifizierter Zuwanderer

Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen gilt als wichtiger Baustein bei der Integration von qualifizierten Zuwanderern. Auf der Bundesebene wurde eine Gesetzesinitiative verabschiedet, die zur Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens beiträgt. Das Wiesbadener Projekt schafft die ergänzende Struktur auf der kommunalen Ebene. Dabei geht es um die bedarfsgerechte individuelle Erstberatung von Zuwanderern mit im Ausland erworbenen Abschlüssen.

Im Hinblick auf die angestrebte Verbesserung der Interkulturalität und Vernetzung setzt sich die Beratungsstelle personell aus drei Mitarbeiterinnen der Bereiche Amt für Zuwanderung und Integration, Amt für Soziale Arbeit und Arbeitsagentur zusammen. Ziel dieser konstruktiven Lösung ist es, die erworbenen Fachkenntnisse und Erfahrungen in den jeweiligen Bereichen zu bündeln und gegenseitig zu ergänzen, aber auch langfristig zu einer interkulturellen Öffnung der beteiligten Institutionen beizutragen. Durch die aktive Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung vor Ort kann ein positiver Zulauf bilanziert werden.

Auf dem Integrationsworkshop
am 28.01.2010

2. Kompetenz als Chance – neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen

Das Projekt strebt die Entwicklung und Optimierung des Beratungsangebots für qualifizierte Migrantinnen zur Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt an. Die inhaltlichen Schwerpunkte befassen sich unter anderem mit der Vorbereitung eines Berufsweges, der den Kompetenzen der Teilnehmerinnen und ihren Qualifikationen im Herkunftsland annähernd entspricht und langfristig zu einer eigenständigen Existenzsicherung führt.

3. Integrationsassistenten Wiesbaden

Das Projekt zielt auf die Verbesserung der Inanspruchnahme und die Optimierung der Vereinbarungen zwischen Ratsuchendem/r und Sachbearbeiter/in in den Regeldiensten und Bildungseinrichtungen. Ziel ist die verbesserte strukturelle Integration von Migranten in das Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem.

Die Ausbildung der Assistenten beinhaltet unter anderem eine Fortbildung zum kultursensiblen Dolmetschen, das Erlernen von sozialen sowie interkulturellen Kompetenzen und Methoden und dient zur Unterstützung von Fachkräften in den unterschiedlichen Bereichen. Durch den Einsatz von entsprechend qualifizierten Integrationsassistenten können sowohl Informationsdefizite als auch

sprachliche und kulturelle Verständnisprobleme bei der Inanspruchnahme der Angebote und Leistungen beseitigt, eine Öffnung auf beiden Seiten erreicht und damit die Zusammenarbeit der Migrantinnen und Migranten mit den Regeldiensten und Einrichtungen verbessert werden.

Die Integrationsassistenten wurden durch verschiedene Institutionen beauftragt, u.a. Frauenhäuser, Schulen, Schulsozialarbeit, Bezirkssozialarbeit, Polizei, Schwangerschaftsberatung, Grundsicherung, Fallmanagement sowie das Suchthilfezentrum.

Die wissenschaftliche Begleitung unterstützt uns bei der Auswertung der Projekte, der Überprüfung vorhandener Strukturen und möglicher Bedarfe an strukturellen Verbesserungen.

Perspektiven

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden wurde im Oktober 2009 von der Hessischen Landesregierung zur Modellregion Integration ausgewählt. Im Rückblick auf die zurückliegenden zwei Jahre zeigt sich einerseits der Bedarf an strukturellen Veränderungen und intensiveren Kooperationen und andererseits sind mit den begonnenen Projekten deutliche Verbesserungen im Zusammenspiel unterschiedlicher Träger und Akteure insbesondere im Handlungsfeld Arbeit eingetreten. Die Integration von Migrantinnen und Migranten in den regionalen sowie überregionalen Arbeitsmarkt ist uns dabei ein besonderes Anliegen.“

Als Dezernentin für Schule, Kultur und Integration halte ich den Ansatz, verstärkt auf Möglichkeiten und Chancen der Zuwanderung Wert zu legen, für einen wichtigen Blickwechsel. Angesichts der vorhandenen Qualifikationspotenziale vieler zugewanderter Menschen liegt es auf der Hand, diese im Sinne einer Wertschätzung zu achten und alles dafür zu tun, dass sie eingesetzt werden können. Mit der Beratungsstelle für qualifizierte Migrantinnen und Migranten haben wir den ersten Schritt getan. Es wird sich zeigen, wie die Fachkompetenz der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen im Zusammenspiel mit den anderen beteiligten Akteuren, z. B. der Agentur für Arbeit, strukturelle Veränderungen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt herbeiführen kann.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. Ich freue mich über die Möglichkeiten und Unterstützung des Landesprogramms Modellregionen Integration und bin mir sicher, dass wir gemeinsam weiterhin zur erfolgreichen Umsetzung des Programms stets konstruktiv zusammenarbeiten werden.“



Rose-Lore Scholz
Dezernentin für Schule, Kultur und Integration



Integrationslotsen im Raum Frankfurt

Unsere Hauptziele sind, das Zusammenleben der türkischen mit den deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu verbessern, gegenseitige Vorurteile abzubauen und die Empathie zwischen verschiedenen Nationalitäten zu stärken. Im Bereich der Bildung, des Arbeitsmarkts und der gesellschaftlichen Partizipation möchten wir türkische Migrantinnen und Migranten unterstützen.

Die Türkische Gemeinde Rhein-Main unterhält eine gute Zusammenarbeit mit dem IB Hochtaunus. Das Lotsenprojekt führen wir bereits seit 2007 im Raum Frankfurt mit Erfolg durch. Als eine anerkannte Migrantenselbsthilfeorganisation (MSO) in Hessen möchten wir mit diesem Projekt den Erfahrungs- und Informationstransfer zwischen etablierten und unsicheren Migrantinnen und Migranten ermöglichen.

Die Türkische Gemeinde Rhein-Main ist als Juniorpartner an dem Projekt beteiligt und unterstützt den IB

Hochtaunus. Wir begleiten das Projekt, indem wir Coaching übernehmen, die Schulung der Integrationslotsen organisieren und sie begleiten. Wir wünschen, dass wir auf Kreis- und Landesebene andere Projekte unterstützen und umsetzen können.

Als MSO ist es schwierig, in die Projektarbeit einzusteigen, denn häufig sind zunächst etablierte Träger Hauptansprechpartner. Es kostet viel Energie, gleichberechtigt als Träger von Projekten wahrgenommen zu werden. Hier müsste noch ein Bewusstseinswandel stattfinden. Gezielte Lobbyarbeit zu leisten ist wegen der knappen finanziellen und personellen Ressourcen schwierig.

Wir hoffen, dass der Kreis und die beteiligten Kommunen das Projekt weiterhin unterstützen werden. Die Lotsenvermittlungszentrale kann ihre Arbeit nur weiterführen, wenn die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden und die Kommunen mitmachen.

Ansprechpartner:

Atila Karabörklü,
stellv. Vorsitzender/Geschäftsführer
Türkische Gemeinde Rhein-Main
Petterweilstr. 66
60385 Frankfurt am Main

Informationen: www.tg-hessen.de

Lotsenfest



Integrationslotsen in Offenbach



Überreichung von Lotsenzertifikaten auf dem Hessianstag



Müttertraining in Kassel: Qualifizierung und Beratung für Mütter mit Migrationshintergrund



Der Verein BENGI e.V. – Interkultureller Lern- und Begegnungsort für Frauen – führt das Projekt in Kooperation mit der Grundschule Lindenberg im Kasseler Osten durch.

Die Modellregion Integration bietet neue Chancen, bereits vorhandene Ansätze zu vertiefen und neue Impulse zu setzen. Und wir als BENGI e.V. unterstützen mit unserem Projekt zugewanderte Mütter im benachteiligten Kasseler Osten, die im Rahmen herkömmlicher Hilfeangebote nur schwer erreichbar sind. Das Projekt steht in einer Reihe zahlreicher erfolgreicher Projekte der vergangenen 19 Jahre, mit denen wir zugewanderte Frauen unterstützen, in dieser Gesellschaft ökonomisch, kulturell und familiär Fuß zu fassen. Es geht uns darum, Müttern zu helfen, ihren Kindern die nötige Hilfe und Unterstützung zu geben, damit sie eine Schul- und Berufsausbildung erreichen. Durch die Vermittlung entwicklungspsychologi-

scher und pädagogischer Grundlagen der Erziehung und die Ermutigung, einen jeweils der familiären Situation angepassten Erziehungsstil zu entwickeln, sollen sie sich in der Erziehung ihrer Kinder sicherer fühlen und bei Bedarf Unterstützung von zuständigen Einrichtungen annehmen.

Ein wichtiges Ziel ist die Unterstützung der Kommunikation zwischen Schule (Klassenlehrer/in) und Elternhaus (Mutter). Unser Handlungsfeld ist zusammengefasst die Stärkung der Elternkompetenz von Müttern in Vernetzung mit Schule und unterstützenden Einrichtungen.

In diesem Förderjahr begannen wir mit sechs Frauen. Die Zusammenarbeit mit der Lindenbergschule erachten wir als produktiv. Im zweiten Förderjahr planen wir, ca. 5-10 neue Teilnehmerinnen dazuzunehmen, im dritten Jahr werden ca. fünf weitere Mütter dazukommen. Mit dem Projektangebot planen wir, bis Ende der Förderperiode 2013 ca. 25 Mütter mit

Migrationshintergrund aus dem Stadtteil Bettenhausen-Forstfeld, deren Kinder die Grundschule Lindenberg besuchen, zu erreichen. Um die Nachhaltigkeit zu stärken, wird das Projekt wissenschaftlich begleitet.

Ansprechpartnerinnen:

Frau Gülsen Akcay und
Frau Selvet Eleveli,
BENGI e.V. Interkultureller
Lern- und Begegnungsort für Frauen
Telefon: 0561 - 50 958
Telefax: 0561 - 73 98 776
E-Mail:
bengi-ks@t-online.de



Training mit Müttern



„Gute Tochter, guter Sohn?“

Netzwerk „Migration im Main-Kinzig-Kreis“



Im Jahr 2005 initiierten die Wohlfahrtsverbände Caritas-Verband Hanau, Deutsches Rotes Kreuz Gelnhausen, Diakonisches Werk Gelnhausen und Hanau und Internationaler Bund Hanau im Rahmen ihres Bundeskonzeptes Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und Jugendmigrationsdienst (JMD) das Netzwerk „Migration im Main-Kinzig-Kreis“.

Zu diesem Zeitpunkt konnten bereits alle beteiligten Wohlfahrtsverbände auf langjährige Erfahrungen in der Migrationsarbeit zurückblicken.

Um die Integration und die damit verbundene interkulturelle Öffnung der Gesellschaft zu fördern, organisiert und initiiert die Steuerungsgruppe des Netzwerkes seit 2005 regelmäßige Netzwerktreffen aller mit Migration befassten Ämter, Behörden, Integrationskursträger und anderen Institutionen.

Ende 2009 wurde die Steuerungsgruppe vom Main-Kinzig-Kreis angefragt, ob sie bereit sei, die Modellregion Integration zu unterstützen und im Rahmen des Netzwerkes mitzuarbeiten.

Seither wird die Steuerungsgruppe der Wohlfahrtsverbände in allen Belangen der Modellregion Integration mit eingebunden.

Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist, dass seit Eröffnung des Integrationsbüros die Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände wöchentlich eine Sprechstunde für Migranten anbieten. Diese Sprechstunde dient als Clearingstelle und die Migrant/inn/en



MBE- und JMD-Mitarbeiter/innen (von links nach rechts):

- Rainer Hinze, Diakonisches Werk Gelnhausen
- Zdravko Cutura, Caritas-Verband Hanau
- Andreas Glassen, IB Hanau
- Annette Korndörfer, Diakonisches Werk Hanau
- Claudia Muschler, Caritas-Verband Hanau
- Gabriele Wiemer, Deutsches Rotes Kreuz Gelnhausen

werden an die für sie benötigte Beratungsstelle weitergeleitet, gegebenenfalls auch dorthin begleitet.

Diese Kooperation mit dem Main-Kinzig-Kreis wurde in einer schriftlichen Vereinbarung fixiert.

In regelmäßigen Teamsitzungen mit den Mitarbeiter/inn/en der Modellregion Integration wird der Integrationsprozess im Main-Kinzig-Kreis gemeinsam initiiert, reflektiert und evaluiert.

In den vergangenen Monaten machten die Steuerungsgruppe und alle Beteiligten die Erfahrung, dass Integration und interkulturelle Öffnung ein komplizierter Prozess ist, der in vielen kleinen Schritten zum Erfolg führen kann.

Kontakt und nähere Informationen:

- www.caritas-mkk.de
Telefon: 06181 - 92 33 50
- www.diakonie-hanau.de
Telefon: 06181 - 92 34 00
- www.diak-werk-gn.de
Telefon: 06053 - 70 77 825
- www.drkgelnhausen.de
Telefon: 06051 - 48 00 24
- www.internationaler-bund.de
Telefon: 06181 - 92 30 80

Treff türkischsprachiger Angehöriger behinderter Menschen in Offenbach



Die Werkstätten Hainbachtal gGmbH sind eine Einrichtung der Teilhabe am Arbeitsleben und bieten ca. 650 Menschen mit Behinderung Arbeit und Beschäftigung an insgesamt sechs Standorten in Stadt und Kreis Offenbach. Darunter hat ca. ein Drittel einen Migrationshintergrund.

Darum haben wir die Wichtigkeit einer interkulturellen Öffnung für unsere Einrichtung früh erkannt. Diese Phase der Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen bei Angestellten ist fortgeschritten.

Im Rahmen der Modellregion Integration entsteht nun in diesem Zusammenhang ein „Informations- und Austauschtreff türkischsprachiger Angehöriger“. Ziel dieser Gruppe ist es, Raum für Austausch zu bieten, Informationen untereinander zu teilen, Angehörige von Menschen aus dem türkischen Kulturkreis zu ermutigen und das Vertrauensverhältnis zwischen Angehörigen und Mitarbeitern zu vertiefen. Endziel der optimierten Zusammenarbeit ist die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung und Migrationshintergrund als gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern Offenbachs. Durch die Wahrnehmung von Unterschieden im Umgang mit Behinderung in anderen Kulturen auf einer Seite und die Wahrnehmung von vielfältigem Angebot für diese Gruppe hierzulande auf der Seite der Adressaten wird gleichzeitig der an-

gestoßene Prozess der interkulturellen Öffnung bei den Werkstätten Hainbachtal verfestigt.

Mit der Durchführung dieser wichtigen und hochkomplexen Aufgabe, vom Träger sehr inspiriert als „In Verschiedenheit Miteinander“ genannt, ist eine Mitarbeiterin mit türkischer Herkunft beauftragt. Sie verfügt also neben den notwendigen Fach- und spezifischen Kulturkenntnissen auch über die notwendigen Sprachkompetenzen für eine ergebnisorientierte Kommunikation mit den Familien, die oft aus kulturbedingten Gründen in Bezug auf die Wahrnehmung von Behinderung in der Gesellschaft in relativer Isolation leben. Die Vorteile der mehrsprachigen Erziehung für gesellschaftliche Integrationsziele werden hiermit von der Praxis nochmals bestätigt.

Ansprechpartnerin:

Mecbure Birgez,
Projektmitarbeiterin
Telefon: 069 - 85 002-436

E-Mail:
PraktikantIn02@werkstaetten-hainbachtal.de

Informationen:
www.werkstaetten-hainbachtal.de



Mecbure Birgez (Mitte) mit Angehörigen der Werkstatt

Mit Sprache wachsen – Begleitung von Familien in Hermannstein

Die Diakonie Lahn-Dill hatte in gemeinsamer Trägerschaft mit der Stadt Wetzlar im Jahr 2009 ein erfolgreiches Modellprojekt in Niedergirmes mit ähnlichem Schwerpunkt begonnen. Das große Engagement der Hermannsteiner Institutionen/politischen Entscheidungsträger und Bürger, den Stadtteil in diese Richtung zu bereichern, und unsere Erfahrung im Modellprojekt im

Nachbarstadtteil machten uns Mut, das Projekt zu beantragen. Die Projektbegleitung vor Ort durch die Stadt war für uns zusätzlich Sicherheit und in der Praxis eine Hilfe.

Der Wunsch, insbesondere jungen Familien Unterstützung von Anfang an (Willkommensbesuche) anzubieten, war von vornherein ein Projektbaustein. Angebote der Bildungs- und Sprachförderung ebenso wie of-

fene Treffen für Familien waren Wünsche der Hermannsteiner Kooperationspartner und Bürger. Die Beteiligung der betroffenen Bürger wie auch Institutionen war uns wichtig, um das Projekt von Anfang an auf „Hermannsteiner Boden“ aufzubauen und die Angebote langfristig in den vorhandenen Strukturen zu verankern. Die Resonanz und die Teilnehmerfrequenz sind seit Beginn positiv.

Eine gute Netzwerkarbeit mit bereits bestehenden Institutionen im Sozialraum (Kita, Schule etc.) ist Voraussetzung, um mit den Familien in Kontakt zu treten. Ein Vertrauensaufbau ist wichtig und erfordert Zeit. Hat dieser einmal stattgefunden, besteht eine hohe Bereitschaft, Angebote zu nutzen und im Projekt mitzuwirken. Dieser Zugang funktioniert am besten niedrigschwellig und sozialraumorientiert.

Zeit ist ein wichtiger Faktor in der Arbeit mit Familien mit Migrationshintergrund. Ein Projektzeitraum von drei Jahren ist zu kurz, um auf Dauer nachhaltige Integrationsprozesse in Gang zu setzen. Aus diesem Grund muss sich frühzeitig damit befasst werden, auf welcher Grundlage und Finanzierung die erfolgreiche Arbeit weiter geleistet werden kann.

Ansprechpartner:

Britta Westen,
Projektkoordinatorin
Telefon: 01577 - 80 13 255
E-Mail:
b.westen@diakonie-lahn-dill.de

www.diakonie-lahn-dill.de



Frauen beim Baby-Massagekurs, ein Angebot im Bereich „frühe Hilfen“



Erstes interkulturelles Familienfest in Hermannstein



Frauen lernen Deutsch in einem niedrigschwelligem Sprachkurs

Integrationsassistenten in Wiesbaden



Die Wiesbadener Integrationsassistenten können von Ämtern, Behörden und Institutionen beauftragt werden, um bei Verständigungsproblemen mit Migranten zu vermitteln und kulturspezifisch zu übersetzen. Aus langjähriger Erfahrung im Migrationsdienst und mit Projekten aus dem Migrationsbereich war uns bekannt, dass der Bedarf für einen solchen Dienst besteht. Die wachsende Anzahl von kooperierenden Institutionen, Ämtern und Diensten, die die Integrationsassistenten beauftragen, hat uns dies bestätigt.

Die Modellregion Integration bietet uns die Chance, das Projekt im geschützten Raum, und mit ausreichend Projektmitteln ausgestattet, drei Jahre lang zu erproben, weiterzuentwickeln und den exakten Bedürfnissen sowohl der Migranten als auch der beauftragenden Institutionen, Ämter und Diensten anzupassen. Langfristig erhoffen wir uns eine Übernahme des Angebots als Regelangebot und damit eine strukturelle Änderung der Regeldienste. Genau dies wird auch durch das Programm Modellregionen und das HMDJIE angestrebt. Künftig sollte bei Verständigungsschwierigkeiten regelhaft eine Person, die neutral und kultursensibel übersetzt sowie bei Bedarf zu Ämtern begleitet, hinzugezogen werden. Die Erfahrungen zeigen, dass alle Seiten davon profitieren und die Wege und Beratungszeiten kürzer werden.

Das Projekt bietet aber auch eine weitere Chance: Migranten haben



33 Integrationsassistenten sind Ansprechpartner bei Kommunikationsschwierigkeiten mit Migranten.



Integrationsassistentinnen bei einer Schulung



Tatyana Vilgelm (2. von links) koordiniert die Einsätze der Assistenten.

aktive Teilhabe an der Integrationsarbeit in der Stadt. Darüber hinaus besteht außerdem eine enge Kooperation mit dem Migrantinnenverein MigraMundi, der die Akquise neuer Integrationsassistenten übernommen hat.

Nach der Projektphase im Rahmen der Modellregion Integration muss sich das Projekt hauptsächlich durch die Auftraggeber finanzieren. Einige der Kooperationspartner haben bereits signalisiert, die Assistenten ab 2013 auch gegen Entgelt weiter zu beauftragen, sodass die Zukunft gesichert scheint.

Ansprechpartner:

Manuela Pintus,
Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 31 44 12
E-Mail:
manuela.pintus@wiesbaden.de
www.caritas-wiesbaden-rheingau-taunus.de

Modellregionen Integration und Monitoring



Die Hessische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, ihre Integrationspolitik auf Daten und Fakten zu basieren und eine Planungs- und Entscheidungsgrundlage für eine langfristig erfolgreiche, nachhaltige Integrationspolitik zu schaffen. Für die Landesebene wurde im Herbst 2010 der erste Hessische Integrationsmonitor „Integration nach Maß“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Er gibt Einblick in verschiedene Bereiche der Integration, z. B. Bildung, Sprache, Arbeit.

Monitoring bedeutet „Beobachtung“ von Entwicklungen. Mithilfe des Monitorings können gesellschaftliche Trends kontinuierlich erfasst und defizitäre Entwicklungen lokalisiert werden. Es ersetzt aber nicht eine sorgfältige Interpretation der Daten und ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse.

Da Integration in erster Linie „vor Ort“ stattfindet, ist es wünschenswert, dass auch Kommunen ein Monitoring aufbauen. Zum Integrationsmonitoring auf kommunaler Ebene – insbesondere außerhalb des großstädtischen Raumes – liegen noch wenige Erfahrungen vor. Daher soll der Aufbau eines solchen Systems in den „Modellregionen Integration“ erprobt werden. Hier sollen die Möglichkeiten des Monitorings auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ausgelotet und die Erfahrungen auch anderen Kommunen zugänglich gemacht werden.

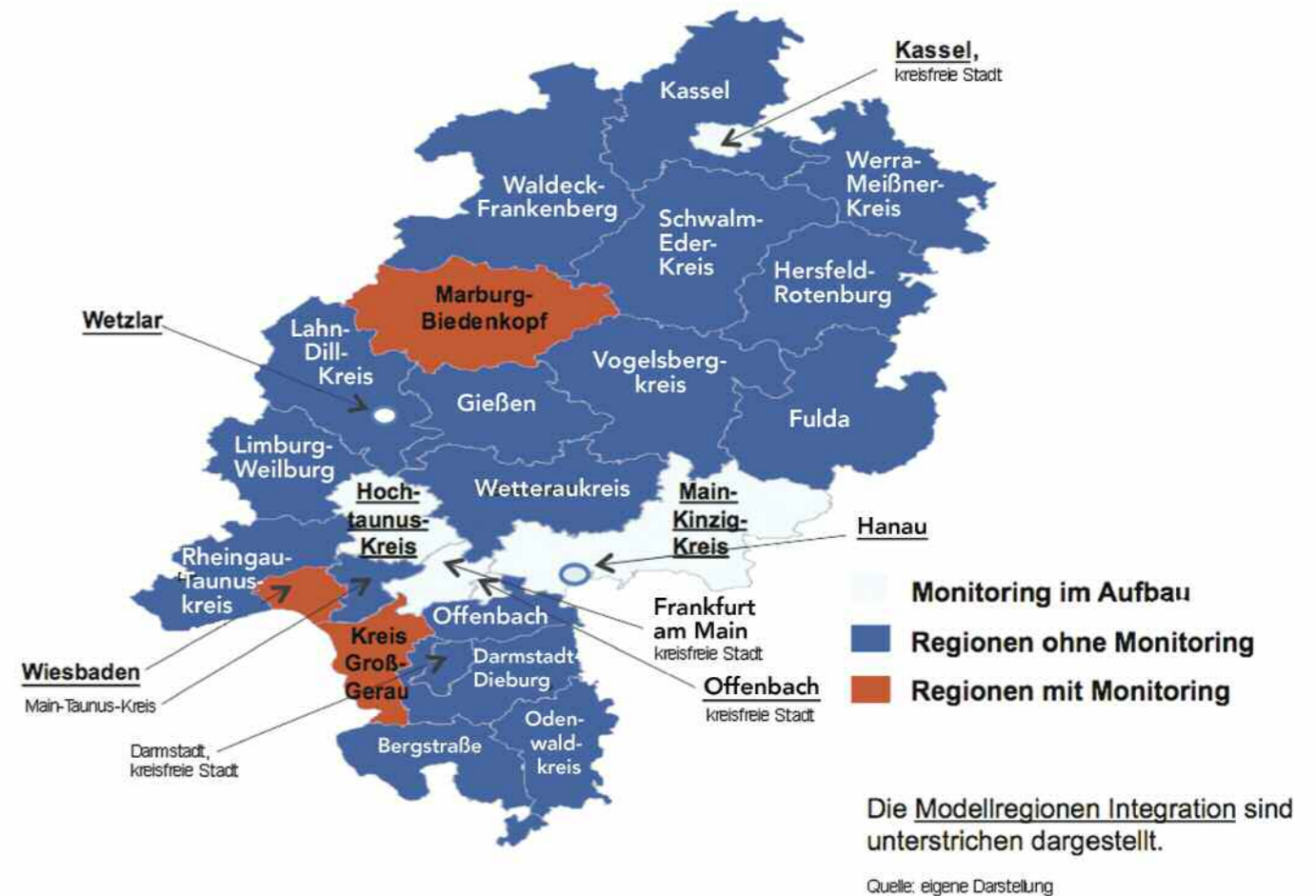
Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hat den Modellregionen ein Rahmenindikatorenset an die Hand gegeben. Dieses berücksichtigt insbesondere die für sie zentralen Bereiche Bildung und Arbeit und ermöglicht die Anschlussfähigkeit an den landesweiten Hessischen Integrationsmonitor. Das Indikatorenset lässt den Modellregionen zudem die Möglichkeit, ihre jeweiligen Schwerpunktsetzungen in den Handlungsfeldern sowie die im Rahmen des Programms aufgelegten Projekte einzubeziehen. Aufgabe der mit dem Monitoring befassten Akteure ist es, das Rahmenindikatorenset in ein eigenes Monitoringkonzept zu überführen und geeignete Datenquellen für die jeweiligen Kennzahlen zu erschließen. Der Aufbau des Monitorings sollte möglichst kostengünstig und daher unter Rückgriff auf bereits verfügbare Daten erfolgen. Eine aufwendige Primärerhebung neuer Daten ist nicht beabsichtigt, sofern dieser Wunsch in den Kommunen nicht besteht.

Die Modellregionen sind aufgrund unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen im Aufbau eines Integrationsmonitorings unterschiedlich weit. Wiesbaden verfügt bereits seit einigen Jahren über ein bundesweit anerkanntes Monitoring. Kassel und Wetzlar haben im Herbst 2011 Entwürfe vorgelegt, wobei in Wetzlar eine ergänzende Erhebung in den Kindertagesstätten durchgeführt wurde, ebenso wie im Hochtaunuskreis in der Kreisverwaltung. Offenbach hat interessante Ergebnisse für die einzelnen Stadtteile erzielt, die auch die Dynamik der Entwicklung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zeigen. Für die Stadt Frankfurt, die in diesem Programm den Status einer strategischen Partnerschaft genießt, wurde das bereits vorliegende Konzept überarbeitet. In diesem Jahr (also 2012) wird der erste Monitoringbericht veröffentlicht.

Die Erfahrungen der Modellregionen sollen in einen Leitfaden einfließen, mit dem den übrigen hessischen Kommunen, die am Aufbau eines Integrationsmonitorings interessiert sind, Informationen für die effektive und effiziente Umsetzung eines solchen Vorhabens an die Hand gegeben werden können.

Ziel ist ein flächendeckendes kommunales Monitoring, das Anschluss zum landesweiten Hessischen Integrationsmonitor bietet. Da dieser wiederum mit dem Ersten Integrationsbericht der Bundesregierung (2008), dem von der Integrationsministerkonferenz herausgegebenen Pilotbericht (2010) und dem Integrationsbericht der Länder (2011) verzahnt ist und im Kern ähnliche Handlungsfelder wie die EU Core Indicators verwendet, ist das Monitoring der Modellregionen mit all diesen Systemen verbunden (s. Abb.). Dieses abgestimmte Monitoringsystem bietet interessante Weiterentwicklungsmöglichkeiten für sämtliche Monitore – und kann die Basis sein für eine abgestimmte und effiziente Integrationspolitik auf allen Ebenen.

Flächendeckendes Integrationsmonitoring in Hessen - Aufbau (Stand November 2011) -



Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Programms „Modellregionen Integration“



Konzept und Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung

Mit seinem Programm „Modellregionen Integration“ möchte das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (HMdJIE) hessenweit die Integrationspolitik zukunftsfähig gestalten. Dazu hat es mit Kassel, Offenbach, Wetzlar, Wiesbaden, dem Hochtaunuskreis sowie dem Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau sechs sehr heterogene Modellregionen ausgewählt, in denen exemplarisch erprobt werden soll, wie grundlegende Veränderungen in den Regelstrukturen und Institutionen der Integrationspolitik herbeigeführt werden können. Das Erzielen solcher strukturellen Veränderungen ist das Hauptanliegen des Programms. Hierzu wurden in den Modellregionen Programmkoordinatoren eingestellt, Projekte mit Modellcharakter gefördert und eine enge Begleitung bei der Umsetzung des Programms durch Mitarbeiterinnen des HMdJIE realisiert.

Für sein Programm hat das HMdJIE ebenfalls eine wissenschaftliche Begleitung beauftragt. Es hat dazu das europäische forum für migrationsstudien (efms), Institut an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, ausgewählt. Ziele dieser wissenschaftlichen Begleitung sind es, belastbare Aussagen zur Qualität der Prozesse und der Ergebnisse des Programms, zur Zielerreichung der regionalen Integrationspolitik sowie Vorschläge zur Optimierung des Programms zu entwickeln. Hierzu arbeitet das efms vor allem in

zwei Bereichen: Zum einen evaluiert es ausgewählte Projekte in den Modellregionen, die über das Programm eine Finanzierung und Begleitung durch das HMdJIE erhalten. Zum anderen analysiert das efms insbesondere die integrationspolitischen Strukturen in den einzelnen Modellregionen, die Rolle der Programmkoordinatoren¹ und die Veränderungen, die durch das Programm in den Modellregionen entstanden sind.

1. Evaluation von Einzelprojekten

Grundlegend für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Einzelprojekte – aber auch die Analyse des Gesamtprogramms – ist es, **Zielexplicationen** durchzuführen und die dem Programm und den Projekten zugrunde liegenden Wirkungsannahmen transparent zu machen. Bei der Zielexplication muss vor allem geklärt werden, welche Ziele und Zielgruppen mit dem Projekt erreicht und welche Wirkungen erzielt werden sollen. In den nächsten Schritten muss festgelegt werden, welche Indikatoren und entsprechenden Daten dazu erhoben werden müssen; ebenso sind die Kriterien zu bestimmen, nach denen ein Projekt als erfolgreich beurteilt werden kann.

Das efms folgt mit der Evaluation der Projekte einem **partizipativen Ansatz**, d. h., es besteht eine enge Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Träger und den Beteiligten

des Projekts. Wirkungsannahmen und Erhebungsinstrumente werden zu Beginn der Evaluation mit den Beteiligten diskutiert. Zwischenergebnisse werden schon während der Evaluation – und nicht erst nach Abschluss des Projekts – dem Träger zur Verfügung gestellt, was gegebenenfalls dazu führen kann, dass Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und behoben werden können.

Im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ analysiert das efms eine Vielzahl von Projekten. Ein Hauptziel der Analyse der Einzelprojekte ist es, innovative Projekte und deren Umsetzung einzuschätzen und die Ergebnisse in die zu entwickelnden Handlungsempfehlungen einfließen zu lassen. Beispiele für evaluierte Projekte sind: die „Einrichtung einer Lotsenvermittlungsstelle für Migranten“ (Hochtaunuskreis), „Fuß fassen durch Bildungserfolg“ (Kassel), „Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „Qualifizierung von Vereinen“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „KiESEL: Kind – Schule – Eltern“ (Offenbach), „Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementar- und Primärbereich“ (Wetzlar) oder die „Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer“ (Wiesbaden).

2.

Analyse des Gesamtprogramms

Die Analyse des Gesamtprogramms „Modellregionen Integration“ bedarf ebenfalls einer Zielexplication und einer **Rekonstruktion der Wirkungsannahmen**, um die durchgeführten Maßnahmen, die damit zu erreichenden Ziele und die Wirkungszusammenhänge zu verdeutlichen. Solch eine Rekonstruktion der komplexen Wirkungsannahmen für das Programm „Modellregionen Integration“ ist im Anhang grafisch dargestellt.

Das HMdJIE gründet sein Programm auf die Ausgangsannahme, dass es in den hessischen Kommunen und Kreisen sehr unterschiedliche integrationspolitische Strukturen gibt. Um diese in ihrer integrationspolitischen Arbeit zu unterstützen, wurden im Rahmen des Landesprogramms über die Einstellung von Programmkoordinatoren in den Modellregionen Möglichkeiten geschaffen, neue integrationspolitische Strukturen und Maßnahmen oder bei bestehenden deren Optimierung und Koordinierung anzuregen und bei der Umsetzung von Veränderungen zu helfen. Zugleich baute das HMdJIE Ansprechstrukturen für die Modellregionen in seiner Abteilung Integration auf, die eine Koordination des Gesamtprogramms erlauben sollen.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- Strukturelle Veränderungen von Regelangeboten und -diensten,
- Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen und Einbeziehen der Aufnahmegesellschaft sowie
- Transparenz von Maßnahmen, Trägern und Daten (Monitoring),
- Vernetzung in der Modellregion, zwischen den Modellregionen und zwischen Modellregion und Landesebene.

Das efms analysiert im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung die hier dargestellten Zusammenhänge. Um zu beurteilen, ob die Ziele erreicht werden, ist zunächst einmal eine **Analyse der Ausgangslage** in den einzelnen Modellregionen – insbesondere der integrationspolitischen Strukturen – vonnöten. Dazu hat das efms ein „idealtypisches Modell“ kommunaler integrationspolitischer Strukturen entwickelt. Integrationspolitische Strukturen definiert es als Strukturen von Akteuren, Aktivitäten, Institutionen und Ressourcen in gesellschaftspolitischen Subsystemen, die Kommunen und Zivilgesellschaft einsetzen, um Integration zu fördern. Solche gesellschaftlichen Subsysteme sind die Bereiche Politik, Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Kultur, soziale Wohlfahrt, Wohnen, Gesundheit und Sport, Sicherheit und Konfliktprävention sowie lokale Öffentlichkeit in ihren Beziehungen zur Integration.

Basierend auf der Analyse der integrationspolitischen Strukturen werden die in den Modellregionen durch das Programm herbeigeführten Veränderungen hinsichtlich der Ziele Transparenz, Vernetzung, Partizipation und strukturelle Veränderungen aufgezeigt. Im Folgenden sollen erste Zwischenergebnisse dieser Analyse dargestellt werden.

3. Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Transparenz

Im Bereich des Ziels Transparenz lassen sich unter anderem folgende Veränderungen feststellen: Das Integrationsmonitoring wurde in allen Modellregionen – ausgenommen Wiesbaden, einem Vorreiter zum Thema Monitoring – in hohem Maße von der Teilnahme am Programm beeinflusst. Es wurde im Fall von Hanau, Offenbach und Wetzlar intensiviert und für die verbleibenden Modellregionen angeregt. Alle Modellregionen verwenden den vom HMdJIE für das hessenweite Monitoring entwickelten Rahmenindikatorensatz oder planen dies.

Bei der sehr zeitintensiven Entwicklung eines Überblicks über laufende Projekte und Maßnahmen zeigt sich, dass einzelne geförderte Projekte maßgeblich für die Erreichung von Zielen in den Modellregionen sein können. Beispiel hierfür ist der Internetgeweiser „Integrationsatlas“,

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird auf die Verwendung der weiblichen Form verzichtet; gemeint sind immer beide Geschlechter.

Evaluation und wissenschaftliche Begleitung des Programms „Modellregionen Integration“



welcher in der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau aufgebaut wird und über vorhandene Integrationsangebote informiert.

Integrationspolitische Ziele, Zuständigkeiten und Maßnahmen werden vor allem in Integrationskonzepten nach außen kommuniziert. Wiesbaden und Offenbach haben schon solch ein Konzept und entwickeln dies weiter; in Hanau wurde das Konzept im Sommer 2011 fertiggestellt. Im Hochtaunuskreis ist ein Integrationskonzept geplant – angestoßen durch die Teilnahme am Programm. Die Städte Kassel und Wetzlar befinden sich im Prozess der Konzeptentwicklung; der Prozess wurde durch das Modellprogramm beschleunigt.

Vernetzung

Im Bereich Vernetzung – insbesondere auf vertikaler Ebene, zwischen der Modellregion und dem Land – hat das Programm großen Einfluss auf alle Modellregionen. Als Ursache für die positiven Veränderungen werden in allen Regionen die direkten Ansprechpartner im HMdJIE genannt. Durch die Zuordnung zu Mitarbeiterinnen, welche die Arbeit in den Modellregionen eng begleiten, hat das HMdJIE niedrigschwellige Kontaktmöglichkeiten geschaffen – nicht nur für die Programmkoordinatoren, sondern auch für die Träger und Akteure der geförderten Projekte.

Auch innerhalb der Modellregionen hat sich die Teilnahme am Programm positiv auf ihre Vernetzung ausgewirkt. So hat sich beispielsweise eine Steuerungsgruppe Integration bestehend aus Vertretern des Kreises, der teilnehmenden Kommunen und von Trägern geförderter Projekte im Hochtaunuskreis gebildet.

Partizipation und Einbeziehen der Aufnahmegesellschaft

Die Teilnahme am Programm „Modellregionen Integration“ hat in allen beteiligten Kommunen und Kreisen der Beschäftigung mit dem Thema Integration in der Öffentlichkeit einen Schub gegeben, Diskussionen angestoßen und diese in Workshops und anderen Veranstaltungen auf breiter Ebene vertieft. Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich in den Modellregionen intensiviert. In den Modellregionen wurde die Aufnahme ins Programm als Auszeichnung verstanden und hat bei vielen Trägern der Integrationsarbeit ein Gefühl der Anerkennung ihrer Arbeit bewirkt.

Strukturelle Veränderungen

Das Erzielen von strukturellen Veränderungen der unterschiedlichsten Regeldienste ist ein komplexer und langwieriger Prozess. Nach der relativ kurzen Zeit der bisherigen Projektdauer können erst wenige Aussagen dazu getroffen werden. Beim Blick auf Veränderungen in der administrativen und politischen Verankerung des The-

mas Integration zeigt sich, dass vor allem in den Landkreisen starke strukturelle Veränderungen zu konstatieren sind: Im Main-Kinzig-Kreis geschah die Einrichtung eines Integrationsbüros über ein gefördertes Projekt; auch im Hochtaunuskreis wurde die Leitstelle Integration im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ etabliert.

Doch auch über diese administrativen Strukturen hinaus zeigen sich in den Modellregionen weitere Anzeichen von strukturellen Veränderungen und Mobilisierungseffekten, die durch das Programm hervorgerufen wurden: So konnte beispielsweise im Hochtaunuskreis eine Steuerungsgruppe für das Thema Integration initiiert werden, die neue Wege der Zusammenarbeit des Kreises mit den Kommunen und Trägern etabliert. Ein weiteres Beispiel stellt das in Wiesbaden durch die Teilnahme am Landesprogramm und mit Schwerpunkt auf die Integration qualifizierter Zuwanderer in den Arbeitsmarkt entstandene neue Netzwerk von Akteuren, die sich mit der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen beschäftigen, dar.

Zudem haben sich in allen Modellregionen die Strukturen der Vernetzung mit der Landesebene geändert: Durch die direkte Kooperation mit den Mitarbeitern des HMdJIE haben sich neue Kommunikationsstrukturen ergeben und bestehende Strukturen intensiviert, von denen die Modellregionen profitieren.

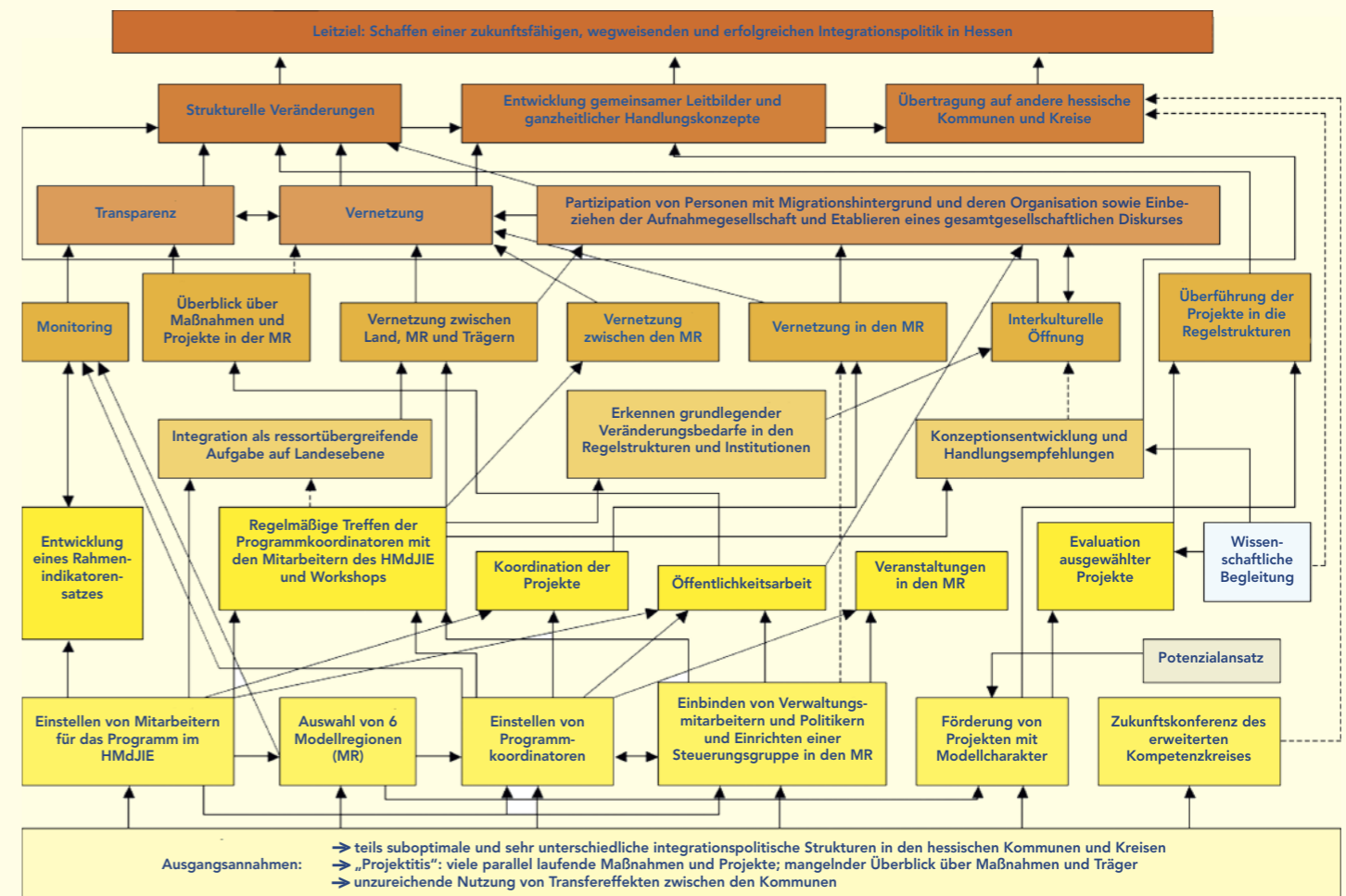
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit dem Programm zwischen den Modellregionen ein integrationspolitischer Konvergenzprozess angestoßen wurde; auch in Regionen Hessens, die sich bisher kaum mit den Bereichen Zuwanderung und Integration befasst haben. Es ist eine Aufbruchstimmung spürbar. Vor allem in den Landkreisen wird ins Bewusstsein der Politik und Ver-

waltung gerufen, dass es notwendig ist, sich mit dem Thema auseinander zu setzen und geeignete Strukturen zu entwickeln.

In den Modellregionen, in denen Integrationspolitik und -arbeit schon verankert sind, gab es durch die Teilnahme am Programm positive Veränderungen. Tenor der teilnehmenden Städte ist, dass einige der Projekte und Maßnahmen, wie die Erstellung

eines Integrationskonzepts, zwar schon vor der Auslobung zur Modellregion geplant waren, diese jedoch nun viel schneller und mit einem erweiterten Kreis an Akteuren umgesetzt werden können. Hoch geschätzt wird die beratende und koordinierende Arbeit der Landesebene, die einen wechselseitigen und umfassenden Lernprozess in Gang gesetzt hat.

Anhang: Visualisierung der Wirkungsannahmen des Landesprogramms



Perspektiven des Landesprogramms „Modellregionen Integration“



Integrationsworkshops

In den letzten zwei Jahren wurden in allen Modellregionen Integration durch das Landesprogramm und die intensive Begleitung durch das Integrationsministerium sehr intensive Diskussionsprozesse geführt. Insbesondere die Auseinandersetzung mit der Frage der strukturellen Veränderung von Regelinstitutionen und -angeboten hat zu einem Austausch gerade auch mit den Vertretern der Zielgruppen dieser Angebote geführt. Dabei ist auf allen Seiten ein Bewusstsein dafür entstanden, dass integrationspolitische Veränderungsprozesse nur gemeinsam angestoßen werden können. Diese nachhaltige Verknüpfung der Akteure wird auch in den nächsten Jahren in den Modellregionen eine besondere Dynamik entfalten.

Die in den letzten zwei Jahren begonnenen erfolgreichen Ansätze zur Vernetzung in den Modellregionen werden wir unter anderem durch jährliche Integrationsworkshops in jeder Modellregion fortsetzen. Diese Integrationsworkshops, die auch Ende 2011 wieder durchgeführt wurden, greifen einzelne Aspekte des Modellregionenprogramms auf – beispielsweise die Professionalisierung der Migrantenorganisationen bzw. die interkulturelle Öffnung der Verwaltung – und bearbeiten diese intensiv, um die nächsten Schritte passgenau für die jeweilige Region zu entwickeln.

Durch diesen Diskussionsprozess, auch in der Weiterentwicklung der geförderten Projekte, ist es gelungen, in den Modellregionen ein neues Verständnis für Integration als wechselseitigen Prozess zu entwickeln. Dieser Prozess verlangt Anstrengungen sowohl von der einheimischen als auch von der zugewanderten Bevölkerung. Somit gerät auch die einheimische Bevölkerung als Adressat der Integrationspolitik stärker in den Blick.

In den Workshops wurden in einem intensiven und partizipativen Prozess die zunächst anzugehenden Handlungsbereiche der einzelnen Modellregionen festgelegt. Damit gaben die Integrationsworkshops einen wichtigen Startschuss. In der Folgezeit fanden daraufhin weitere Strategieworkshops und Fachtagungen statt, um sich mit besonderen Fragestellungen zu bestimmten Handlungsbereichen der Integrationsarbeit vertieft auseinanderzusetzen, wie etwa kommunales Integrationsmanagement oder die Themen Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit und Sport sowie Vielfalt.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kompetenzkreises „Integration vor Ort“ und der Modellregionen im Gespräch



Transfer der Ergebnisse

Integrationspolitik beschränkt sich also nicht auf die Zugewanderten, sondern ist eine zentrale Strukturfrage unserer Gesellschaft, die, wenn sie strategisch gesteuert wird, auch wesentliche Potenziale für die Kommunen und Landkreise, aber selbstverständlich auch für Land und Bund erschließen kann.

Dieser Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik ist sicherlich nicht kurzfristig umzusetzen. Um ihn jedoch stärker vor Ort zu verankern, ist es notwendig, dass die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Prozess und auch aus den Projekten der Modellregionen möglichst frühzeitig nach Hessen hin-

transferiert werden. Dabei legen wir Wert darauf, nicht nur Erfolge zu präsentieren, sondern tatsächlich auch die Entwicklungen abzubilden und einen größeren Kreis an hessischen Kommunen am Prozess zu beteiligen und diesen transparent zu gestalten.

Die Strategieworkshops, die im Laufe des Jahres 2011 stattgefunden haben, waren eine gute inhaltliche Hilfestellung zur Reflexion der Ziele des Landesprogramms und dessen Umsetzung in den lokalen Bezügen. Entsprechend dieser Ziele wurden folgende Themen vertieft: kommunales

Integrationsmanagement, interkulturelle Orientierung und Öffnung sowie Netzwerke und Partizipation. Darüber hinaus wurde dadurch vor allem auch der Austausch zwischen den einzelnen Modellregionen themenbezogen weiter gefördert. Die Rotation des Veranstaltungsortes der Workshops in allen Modellregionen ermöglichte weiterhin einen besseren gegenseitigen Einblick in die jeweilige An- und Einbindung der einzelnen Programmkoordinatoren und des Landesprogramms auf kommunaler Ebene.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Zukunftskonferenz im Juni 2010



Perspektiven des Landesprogramms „Modellregionen Integration“



Mit den Modellregionen haben wir daher 2011 vier Strategieworkshops durchgeführt. Thematisch wurden bei den Workshops die beschriebenen Kernziele des Programms aufgegriffen. So erfuhren die Modellregionen Unterstützung bei der Umsetzung eines kommunalen Integrationsmanagements, der interkulturellen Orientierung sowie bei der Vernetzung und Schaffung von Transparenz über ihre Angebote. In die Workshops flossen die Erfahrungen der Modellregionen zu diesen Themen ein. Die hieraus entwickelten praxisorientierten Handlungsempfehlungen werden 2012 veröffentlicht.

Darüber hinaus wird der Austausch zwischen den Modellregionen und dem Kompetenzkreis Integration vor Ort befördert. Das Integrationsministerium hat hierfür verschiedene Plattformen geschaffen. So wurden unter anderem Zukunftskonferenzen gemeinsam mit den Modellregionen und dem Kompetenzkreis Integration vor Ort durchgeführt.

Eine wesentliche Erkenntnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war, dass viele Kommunen inzwischen ganzheitliche Integrationskonzepte aufgelegt haben. Diese umzusetzen und Integration tatsächlich als Querschnittsthema zu etablieren ist jedoch noch nicht ausreichend geschehen. Auch findet kaum Vernetzung über kommunale Grenzen hinweg statt. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Programms Modellregionen Integration möchte das Integrationsministerium den fachbezogenen Austausch zwischen den Modellregionen und dem Kompetenzkreis Integration vor Ort befördern und dadurch Synergien schaffen.

Zukunftskonferenzen und Netzwerke

Darüber hinaus wird der Ansatz des Modellregionenprogramms zur Veränderung der Regelstrukturen in einer vielfältigen Gesellschaft weiter verdeutlicht und in einem größeren Kreis diskutiert. Diese Zukunftskonferenzen werden weiterhin jährlich stattfinden und integrationspolitische Schwerpunkte aufgreifen. Sie dienen ebenfalls der Vernetzung der Kommunen untereinander, aber auch mit dem Land. Das Integrationsministerium wird dazu ein

Netzwerk hessischer Kommunen zu dem Thema interkulturelle Öffnung aufbauen. Hierüber werden sowohl die Erfahrungen der Kommunen ausgetauscht als auch gemeinsame Empfehlungen erarbeitet. Durch die Organisation dieses Netzwerks sind sowohl das Land als auch die Kommunen in den Diskussionen und Entwicklungen zum Thema miteinander verbunden. Dadurch erreichen wir langfristig eine in sich schlüssige und effiziente Integrationspolitik in Hessen.

Ausblick

Die durch das Modellregionenprogramm initiierten Veränderungsprozesse werden in den nächsten zwei Jahren intensiv fortgeführt, um daraus Empfehlungen vorzulegen, die Grundlage für eine Weiterentwicklung der hessischen Integrationspolitik sein werden. In den nächsten zwei Jahren stehen uns noch zahlreiche Herausforderungen bevor, die wir gemeinsam mit den Modellregionen tatkräftig annehmen werden.

Spannend bleibt die Frage, wie die Ziele des Landesprogramms langfristig umgesetzt werden können und zu einem neuen gemeinsamen Wir-Gefühl in Hessen beitragen können. Alle Akteure – vor Ort, aus der Wissenschaft, der Politik und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger – sind aufgefordert mitzumachen. Denn nur gemeinsam erreichen wir nachhaltige Erfolge.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zweiten Zukunftskonferenz im Juni 2011



Impressum

Herausgeber

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Abteilung Integration

Luisenstraße 13

65183 Wiesbaden

E-Mail:

poststelle@hmdj.hessen.de

www.hmdj.hessen.de

www.integrationskompass.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Frau Sandra Kranz, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: +49 611 – 32 27 06

Redaktion

Wiebke Schindel,

Telefon: 06 11 – 32 20 14

Jan Böhmeke-Tillmann

Telefon: +49 611 – 32 20 36

Beiträge Konzeption, Perspektiven:

Hangama Kawa

Beitrag Monitoring:

Dr. Ingrid Wilkens

Gestaltung

Studio R. Zerzawy AGD,

Burgstr. 1

65329 Hohenstein

E-Mail: studio@r-zerzawy.de

Druck

JVA-Druckerei

Marienburgstraße 74

64297 Darmstadt

Januar 2012

Verfasser der Beiträge der Modellregionen Integration

Hochtaunuskreis

Case-Management: Özge Erkaner, Leitstelle Integration

Andere Beiträge: Dr. Uta George, Leitstelle Integration

Kassel

Peggy Niering, Zukunftsbüro

Main-Kinzig-Kreis/Hanau

Anna Seipel, Programmkoordinatorin Modellregion

Integration Main-Kinzig-Kreis

Christian Russo, Programmkoordinator Modellregion

Integration Stadt Hanau

Offenbach

Ausgangslage: Dr. Mathias Schulze-Böing, Amtsleiter,

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Beitrag Modellregion Integration: Ana-Violeta Sacaliuc,

Koordinatorin Modellregion Integration Offenbach

Wetzlar

Koordinationsbüro: Eva Schermbach, Peter Matzke

Wiesbaden

Razaw Akram, Koordinationsbüro Modellregion

Integration Wiesbaden, Amt für Zuwanderung und

Integration

Anmerkung zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern verwendet werden.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.